



Gemeinsame Sicherheit in einem sich verändernden globalen Umfeld

Positionspapier der **SPE-Fraktion**
Februar 2004

Vorwort

“ In dieser Legislaturperiode hat die SPE-Fraktion den Themen der internationalen Agenda besondere Bedeutung beigemessen. Im März 2001 wurde ein Papier "Neue Dimensionen der Sicherheit" verabschiedet mit den Prinzipien der Konfliktvermeidung als Schwerpunkt. Seither haben neue und dramatische Ereignisse die internationalen Beziehungen völlig neu geformt. Zweifellos bewirkte die Irakkrise eine bis dahin nie da gewesene Spaltung innerhalb der Union und der Mitgliedsstaaten. Es wurde klar, dass die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) ihre Grenzen hat. Es waren nicht nur das Ansehen der Vereinten Nationen und der Multilateralismus, die großen Schaden litten, auch die gravierenden Unstimmigkeiten in den transatlantischen Beziehungen über die Notwendigkeit eines Kriegs wurden durch entzweieude und verächtliche Bemerkungen, wie z.B. Rumsfelds Verweis auf ein "altes Europa" und ein "neues Europa", noch verschärft.

Durch den unberechenbaren Krieg gegen den Terrorismus, die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen, den Israel-Palästina-Konflikt, die globale Entwicklung, den Welthandel und die negative Entwicklung im Hinblick auf globale Umweltfragen sind die transatlantischen Beziehungen zu einer der wohl bislang größten Herausforderungen geworden. Gleichzeitig hat die EU jedoch in ihrem Bestreben, eine neue Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) aufzubauen, bedeutende Fortschritte gemacht, obwohl die jüngsten politischen Geschehnisse deutlich zeigen, dass sich die derzeitige institutionelle Ordnung unter Druck und in schwierigen internationalen Situationen nicht bewährt. Die EU braucht eine kohärente GASP und eine effektivere und leistungsfähige ESVP, zum einen in Anbetracht ihres zunehmenden wirtschaftlichen und politischen Gewichts, zum anderen, um ihre unabhängige Beschlussfassung zu forcieren und vor allem, um ihren Beitrag zu Frieden und Sicherheit auf allen Ebenen zu verstärken.

Das Papier betont die Definition einer Sicherheitsstrategie für Europa aus Sicht der Sozialisten im Europäischen Parlament und berücksichtigt auch das Dokument von Javier Solana an den Europäischen Rat zur Realisierung der ESVP. Diese Diskussion beinhaltet auch die aktuelle Debatte zu den transatlantischen Beziehungen entsprechend der politischen Entscheidungen der Bush-Administration. In diesem Zusammenhang werden schließlich noch etliche kritische Fragen angesprochen, wie z.B. die NATO, "Größeres Europa" und die weltweite Politik.

Nach dem Kalten Krieg und besonders nach den Terroranschlägen des 11. September 2001 hat sich die Sicherheitsproblematik verändert. Die Bedrohung unserer Sicherheit ist so mannigfaltig geworden, dass der traditionelle Ansatz der Sicherheitspolitik nicht mehr ausreicht, um der Komplexität der globalen Sicherheitspolitik des 21. Jahrhunderts gerecht zu werden.

Das vorliegende Papier ist das Ergebnis kreativen Bemühens der Abgeordneten der SPE-Fraktion, die sich auf eine gemeinsame Position einigen konnten. Es steht nun den europäischen Bürgern zur Verfügung, die in letzter Zeit immer mehr Interesse an Themen zeigen, die ihr eigenes Leben betreffen.

”

*Enrique Barón Crespo
SPE - Fraktionsvorsitzender*

Inhalt

Vorwort von Enrique Barón Crespo	2
<hr/>	
Gemeinsame Sicherheit in einem sich verändernden globalen Umfeld (März 2004)	
<hr/>	
Einleitung	5
<hr/>	
1 Eine Sicherheitsstrategie für Europa	6
<hr/>	
2 ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)	9
<hr/>	
3 NATO	11
<hr/>	
4 Transatlantische Beziehungen	12
<hr/>	
5 Das größere Europa	15
<hr/>	
6 Die globale Agenda	17
<hr/>	
Neue Dimensionen der Sicherheit (März 2001)	18
<hr/>	

Einleitung

“ Die SPE-Fraktion vertritt die Grundsätze der gemeinsamen Sicherheit (die sich auf die Zusammenarbeit gründet), der dauerhaften Sicherheit (unter Konzentration auf die Beseitigung der Ursachen der Unsicherheit) und der demokratischen Sicherheit (Demokratie in allen Formen und Ausdrucksweisen als beste Garantie für die Sicherheit). Wir ziehen die Kooperation der Konfrontation vor. Wir fordern die Entwicklung eines größeren Spektrums von Sicherheitsinstrumenten. Wir setzen uns dafür ein, dass die internationalen Institutionen als demokratisches Beispiel dienen **”** *(Neue Dimensionen der Sicherheit, SPE-Fraktion, März 2001)*

Dieses ist der jüngste Beitrag im Rahmen einer Reihe von Hintergrundpapieren zum Thema Sicherheit und internationaler Terrorismus, die von der SPE-Fraktion im Europäischen Parlament vorgelegt worden sind. Im Jahr 2001 wurde in der Fraktion der Beitrag 'Neue Dimensionen der Sicherheit' angenommen, in dem unsere Hauptgrundsätze niedergelegt und als Zeichen unserer Wertschätzung für die Rolle, die die neutralen und nicht paktgebundenen Länder in der EU spielen, die Konfliktverhütung als unser vorrangiges Anliegen eingeführt wurde. 'Neue Dimensionen der Sicherheit' basiert auf einem umfassend angelegten Sicherheitskonzept. Die Gefahren für Frieden und Sicherheit sind oft nicht militärischer Natur; doch für die Auseinandersetzung mit ihnen benötigen wir ein breites Spektrum von Instrumenten. Die Armut zählt zu den größten Ursachen von Instabilität, sie bedeutet – ebenso wie übrigens auch die Verschlechterung des Zustands der Umwelt – eine große Gefahr für die globale Sicherheit. Durch die Globalisierung hat das, was in den Entwicklungsländern geschieht, Auswirkungen auf unsere eigene wirtschaftliche, politische und sogar physische Sicherheit. Der Kampf gegen die Armut in der Welt ist wesentlicher Bestandteil des Ansatzes der

SPE-Fraktion bezüglich der Sicherheit Europas in der Welt. Daher wird beispielsweise unter den Maßnahmen gegen die Ursachen der Unsicherheit der Entwicklungshilfe entscheidende Bedeutung beigemessen. Der Beitrag aus dem Jahre 2001 geht auch auf Fragen wie humanitäres Eingreifen, die Rolle der VN und der OSZE oder die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik ein. Seit 2001 haben die neuen Entwicklungen in der Welt einen Teil der internationalen Landschaft verändert. Daher hat sich eine Aktualisierung des damaligen Beitrags der SPE-Fraktion als notwendig erwiesen. Das ist das Anliegen dieses Beitrags zur Gemeinsamen Sicherheit in einem sich verändernden globalen Umfeld. Wir müssen auf die Vorkommnisse reagieren, durch die die Debatten über den Irak, die Sicherheitsstrategie der EU und die weitere Entwicklung der ESVP ausgelöst wurden. Und schließlich müssen wir auch eine Neubewertung der Rolle der NATO vornehmen und die neuen Tendenzen in den transatlantischen Beziehungen einer Würdigung unterziehen. Klar sollte sein, dass keine Notwendigkeit besteht, von unserer früheren Grundhaltung abzugehen oder völlig neue Prioritäten zu setzen. Dieser Beitrag sollte im Zusammenhang mit dem Vorläuferdokument gelesen werden.

Der Beitrag 'Gemeinsame Sicherheit in einem sich verändernden globalen Umfeld' wurde von einer Arbeitsgruppe der Gesamtfraktion unter dem Vorsitz von Jannis Sakellariou zu Papier gebracht. Dem Redaktionsausschuss gehörten außer ihm Max van den Berg, Richard Howitt, Catherine Lalumière und Hannes Swoboda an. Jan Marinus Wiersma war der Berichterstatter.

1 Eine Sicherheitsstrategie für Europa

1.1 Obwohl die EU nicht unmittelbar militärisch bedroht ist, muss doch ihren Sicherheitsinteressen und dem Ziel der weltweiten Friedensförderung Aufmerksamkeit geschenkt werden. Seit 1989 hat die EU die Friedensdividende eingestrichen und sich zu Recht auf innere Angelegenheiten wie die Währungsunion, die institutionelle Reform und die Erweiterung konzentriert. Dieser Haltung sind jedoch Grenzen gesetzt. Das globale Umfeld und die Art der Bedrohungen haben sich verändert. Die Terroranschläge vom 11. September 2001 haben uns hellhörig werden lassen für die Gefahren, die der

Kurs der EU sollte nicht darauf hinauslaufen, dass sie über Gebühr auf militärische Macht setzt, vielmehr sollte sie ein rationales Gegengewicht zu denjenigen bilden, die das tun, und sich auf ihre Stärken und die Erfahrungen aus der Vergangenheit besinnen. Wir müssen uns zwar mit dem Thema befassen, wie unsere eigenen militärischen Kapazitäten beschaffen sind, dabei sollte jedoch klar sein, dass diese nicht für präemptive Angriffe oder Präventivmaßnahmen außerhalb der VN eingesetzt werden dürfen. Ein derartiges Vorgehen würde ernste Gefahren für das Völkerrecht heraufbeschwören.

“ Es liegt im Interesse der EU, sich der Bedrohung zu stellen, doch muss sie das in einer Weise tun, die sich mit ihren Grundsätzen und mit einem weitergefassten Sicherheitsansatz vereinbaren lässt... Bei unserer Auseinandersetzung mit dem Terrorismus gilt es, dessen Ursachen mehr Aufmerksamkeit zu schenken ”

internationale Terrorismus und bestimmte Staaten heraufbeschwören. Die Notwendigkeit, Völkern und lebenswichtigen Infrastrukturen multinationalen Schutz angedeihen zu lassen, fügt dem eine neue Dimension hinzu. Es liegt im Interesse der EU, sich der Bedrohung zu stellen, doch muss sie das in einer Weise tun, die sich mit ihren Grundsätzen und mit einem weitergefassten Sicherheitsansatz vereinbaren lässt. Militärische Mittel sind im Kampf gegen den Terrorismus häufig ein untaugliches Instrument. Wir müssen das Aktionsspektrum breiter ansetzen. Bei unserer Auseinandersetzung mit dem Terrorismus gilt es, dessen Ursachen mehr Aufmerksamkeit zu schenken.

1.2 Es sollte klar sein, dass so genannte "gescheiterte" oder "zu Sorge Anlass gebende Staaten" nicht ohne Grund entstehen. Wir müssen versuchen, uns der tiefer liegenden Tendenzen anzunehmen, die die Welt unsicher machen. Der

1.3 Bei allen in letzter Zeit erfolgten Einschätzungen des Bedrohungsspektrums bildeten die Gefahren, die von den Massenvernichtungswaffen ausgehen, einen zentralen Punkt. Was kann getan werden, um ihren Einsatz zu verhindern? Wir müssen darauf dringen, dass die internationalen Verträge über Massenvernichtungswaffen, A-, B- oder C-Waffen, eingehalten werden. Besondere Sorgen sollte uns die Zukunft des Nichtweiterverbreitungsvertrages bereiten. Es kann nicht zugelassen werden, dass dieser Vertrag lediglich als Rahmen für diejenigen Länder gilt, die sich entschlossen haben, keine Kernwaffenarsenale aufzubauen und zu besitzen. Es sollte weiterhin Druck auf diejenigen Unterzeichner des Nichtweiterverbreitungsvertrages ausgeübt werden, die es womöglich doch nach Kernwaffen gelüftet; gleichzeitig müssen jedoch auch die Staaten innerhalb und außerhalb des Geltungsbereichs dieses Vertrages unter Druck gesetzt werden, die bereits über nukleare Kapazitäten verfügen. Endziel muss weiterhin die

Beseitigung der Kernwaffenarsenale sein, und nicht die Beseitigung von Regimen, die diese einsetzen oder nicht einsetzen. Die Art und Weise, wie der Fall des Irak gehandhabt wurde, wird der internationalen Gemeinschaft künftig das Handeln erschweren, wenn sich tatsächlich die Notwendigkeit einer Zwangsentwaffnung im Rahmen der Vereinten Nationen ergibt. Es ist akzeptabel, dass wir unser Augenmerk auf bestimmte Länder konzentrieren und in multilateralem und regionalem Rahmen Schritte ergreifen, um unmittelbare Gefahren zu verringern. Das Beispiel Iran macht deutlich, dass Zwangsdiplomatie funktionieren kann, wenn die EU mit einer Stimme spricht. Eine derartige Politik ist jedoch nur glaubhaft, wenn wir nicht weiter das Langzeitrisiko ignorieren, das durch die Länder heraufbeschworen wird, die bereits im Besitz von Nuklearwaffen sind und den Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht unterzeichnet haben, und wenn wir darauf bestehen, dass

dürfte aber auf der Hand liegen, dass jede erdenkliche Vorsichtsmaßnahme getroffen werden muss, um einen solchen Waffeneinsatz durch diese Staaten oder Gruppen zu verhindern. In Washington wird die Raketenabwehr als Möglichkeit zur Verteidigung der Vereinigten Staaten angesehen. Hier stellt sich jedoch die Frage, ob die einseitige Aufkündigung des ABM-Vertrags nicht womöglich genau die entgegengesetzte Wirkung hat und zur nuklearen Aufrüstung in anderen Ländern beiträgt. Und ganz sicher bringt das den USA keinen Schutz vor Terroranschlägen.

Nicht weniger gefährlich ist die Bedrohung, die von der unkontrollierten Verbreitung von Nuklearmaterial, aber auch von biologischen und chemischen Waffen und deren möglichem Einsatz durch internationale kriminelle Vereinigungen und durch Terroristen ausgeht. In diesem Zusammenhang sind

“ Multilateralismus ist Mittel und Zweck zugleich.

Internationale Probleme erfordern internationale Lösungen und Vertrauen in das Völkerrecht. Deshalb brauchen wir die VN ”

die „offiziellen“ Nuklearmächte ihre eigenen Verpflichtungen aus dem Nichtweiterverbreitungsvertrag ernst nehmen. Das aber bedeutet auf lange Sicht allgemeine nukleare Abrüstung. Eine Rückkehr zu Nukleartests oder die Sondierung der Herstellung „intelligenter“ Kernwaffen ist mit dem Nichtweiterverbreitungsvertrag nicht vereinbar. Solche Waffen zu entwickeln und ihren Gefechtseinsatz in Erwägung zu ziehen, würde gegen den Nichtweiterverbreitungsvertrag verstoßen, was wiederum die internationale Sicherheit untergraben würde.

1.4 Die „gesicherte gegenseitige Vernichtung“ hat sich überholt. Die nukleare Bedrohung hat seit dem Ende des Kalten Krieges, insbesondere in Europa, eine drastische Wandlung erfahren. Im Falle von instabilen Staaten oder Terroristengruppen nützt Überzeugungsarbeit wahrscheinlich nicht viel. Die tatsächliche Gefahr einzuschätzen, ist sehr schwierig, es

international abgestimmte Programme zur Gefahrenbekämpfung, geheimdienstliche Zusammenarbeit, internationale Interventionen in bestimmten Regionen und gemeinsame Polizeiaktionen gefragt, insbesondere z. B. in der ehemaligen Sowjetunion.

1.5 Multilateralismus ist Mittel und Zweck zugleich. Internationale Probleme erfordern internationale Lösungen und Vertrauen in das Völkerrecht. Deshalb brauchen wir die VN. Kapitel VII wurde in die VN-Charta aufgenommen, um die Sicherheit jedes einzelnen Landes zu garantieren. Derzeit sind die VN nicht immer in der Lage, diesem Kapitel wirksam Geltung zu verschaffen. Sie können lediglich das Vorgehen von einzelnen Staaten, Staatenbündnissen oder kollektiven Sicherheitsorganisationen wie der NATO legitimieren (oder auch nicht). Sie können ihre eigenen Entscheidungen nicht durchsetzen und sind mitunter mangels Konsenses im

Sicherheitsrat außerstande, die notwendigen Beschlüsse zu fassen. Oder man denke nur an die Probleme mit der Friedenssicherung durch die Vereinten Nationen: Die entwickelten Länder beteiligen sich kaum noch an derartigen Maßnahmen. Es gibt viele Beschwerden über den Mangel an Demokratie in der Funktionsweise der VN.

Die VN können friedenserhaltend tätig werden und tun das auch, gleichzeitig müssen sie jedoch auch ihre Fähigkeit ausbauen, friedensstiftend zu wirken. Wenn wir uns weiter unfähig erweisen, die VN zu „bewaffnen“ und ihre Entscheidungsfindung wirksamer zu gestalten, ziehen wir in der Auseinandersetzung mit den unilateralistischen Tendenzen der Welt den Kürzeren. Zu viele Resolutionen bleiben ohne Konsequenzen. Da die USA eine passive Haltung zu den VN eingenommen haben und nur bereit sind, auf sie zurückzugreifen, wenn es ihnen zweckdienlich erscheint, sollte die EU eine führende Rolle bei der Wiederherstellung der Glaubwürdigkeit der VN einnehmen und diese durch das Festhalten an einem multilateralen Ansatz stärken. Solange der VN-Sicherheitsrat schwach bleibt und die VN nicht über eine glaubwürdige militärische Komponente verfügen, werden die globalen Sicherheitspolitiken weiter die alten Merkmale staatlicher Anarchie aufweisen.

Wenn es um internationale Krisen geht, so erkennen wir die alleinige Zuständigkeit der VN nach Kapitel VII an. Um ihre Wirksamkeit zu erhöhen, sollten wir tun, was in unseren Kräften steht, um eine andere Zusammensetzung des Sicherheitsrates zu erreichen. Er muss repräsentativer werden, indem Länder aus Afrika, Lateinamerika und Asien mit einbezogen werden, die ihr Vorgehen koordinieren sollten, und indem die EU einbezogen wird, wobei gleichzeitig über die Abschaffung der Vetoregelung nachzudenken wäre. Auf jeden Fall sollte die Erweiterung des VN-Sicherheitsrates um neue Mitglieder nicht mit einer Ausweitung der Vetorechte einhergehen. Die Bildung einer angemessen ausgestatteten schnellen Eingreiftruppe für friedenserhaltende und friedensstiftende Missionen ist entscheidend für eine Stärkung der Rolle der VN auf diesem Gebiet. Ein weiterer wichtiger Schritt wäre die Einführung besserer Sanktionsmechanismen, einschließlich der so genannten „intelligenten“ Systeme.

Von der SPE-Fraktion und auch vom Europäischen Parlament wurde der Anstoß zu einem allgemeineren Nachdenken über eine Reform der Vereinten Nationen gegeben. Das sollte als weiterer Schritt zur Ausarbeitung dieses Kapitels verstanden werden.

“ *Wir brauchen einen besseren VN-Rahmen für humanitäres Eingreifen mit militärischen Mitteln. Solche Aktionen sollten sich zuerst auf ein Mandat der VN gründen. Aufgrund der Veto-Regeln ist das System der Entscheidungsfindung oft gelähmt. Aus diesem Grunde spricht sich die SPE-Fraktion für eine grundlegende Reform des Systems der Entscheidungsfindung aus. In Erwartung dieser Reform möchten wir die Rolle des Generalsekretärs der VN stärken, um ihm die Möglichkeit zur Lösung von Blockierungen im Sicherheitsrat zu geben. Bei Entscheidungen über einen humanitären Eingriff unter Zuhilfenahme von militärischen Mitteln sollte von vornherein klar gemacht werden, dass er dem Konflikt angemessen und effektiv zu sein hat. Das Instrument sollte also selektiv genutzt werden. Wir unterstützen die Ausweitung von Vermittlungs- und Schlichtungsmaßnahmen, die Tätigkeit des internationalen Schiedsgerichtshofes von Den Haag und die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes* **”** (Neue Dimensionen der Sicherheit. SPE-Fraktion, März 2001)

2 ESVP (Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik)

2.1 Im ESVP-Bereich wurden bedeutende praktische Fortschritte mit der Stationierung von Truppen unter EU-Kommando in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien und dem EU-Einsatz im Kongo erzielt, nachdem die Schnelle Eingreiftruppe 2001 für einsatzfähig erklärt worden war. Mit der Türkei kam man zu einer Vereinbarung über die Auslegung des Berlin-Plus-Abkommens mit der NATO. Es kam eine endgültige Entscheidung über den Bau des Transportflugzeuges A400M zustande. Das GALILEO-Projekt wurde genehmigt. In Bezug auf die GASP- und ESVP-Mechanismen sind im Entwurf der Verfassung wichtige Fortschritte erzielt worden. Die Vorschläge des Konvents verdienen unsere Unterstützung, weil sie die EU in die Lage versetzen werden, häufiger mit einer Stimme zu sprechen, was Voraussetzung für eine reibungslos funktionierende GASP ist; in der Frage der Mehrheitsabstimmung und der parlamentarischen

2.2 Dennoch ist der Anwendungsbereich der ESVP nach wie vor sehr begrenzt. Der Umsetzungstermin der Leitziele für die Schnelle Eingreiftruppe wird nicht eingehalten. Selbst wenn die EU das gewollt hätte, hätte sie die Operation in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien nicht unabhängig durchführen können. Auch sind Zweifel daran angebracht, ob die EU in der Frage eines großen Militäreinsatzes unter Ausschöpfung weit reichender militärischer Möglichkeiten konsensfähig wäre. Einige fragen sich, ob die EU tatsächlich eine derartige Kapazität anstreben und sich nicht stattdessen auf weniger ehrgeizige Aktionen wie in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien konzentrieren sollte. Wir teilen diese Auffassung nicht, weil das zu einer ungesunden Aufgabenteilung zwischen EU und USA führen könnte.

“ Die Vorschläge des Konvents verdienen unsere Unterstützung, weil sie die EU in die Lage versetzen werden, häufiger mit einer Stimme zu sprechen, was Voraussetzung für eine reibungslos funktionierende GASP ist ”

Kontrolle bleiben sie jedoch hinter den Erwartungen zurück. Von großer Bedeutung sind die Schaffung des Amtes eines EU-Außenministers, der gleichzeitig Vizepräsident der Kommission ist, die Neudefinierung der Petersberg-Aufgaben, der Gedanke einer Solidaritätsklausel und die Möglichkeit einer strukturierten Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich. Die Einrichtung einer Europäischen Verteidigungsagentur bedeutet einen großen Fortschritt. Damit erhalten die EU-Staaten eine Möglichkeit, die Rüstungszusammenarbeit auszubauen, die industrielle und technologische Basis zu festigen und den Verteidigungsmarkt wettbewerbsfähiger zu machen. Das sollte zu mehr Effizienz, Kosteneffizienz und größeren Kosteneinsparungen führen und Doppelarbeit verringern.

2.3 Das Schlüsselwort lautet weiterhin „Kapazitäten“, deren Interoperabilität und Standardisierung. Selbst zur Aufrechterhaltung eines Einsatzes wesentlich geringerer Größenordnung als beispielsweise des Kosovo-Einsatzes müssen die EU-Mitgliedstaaten die Wirksamkeit ihrer Streitkräfte deutlich verbessern. Dieser Aspekt gilt außerhalb der EU als die größte Schwäche der ESVP. Manche sehen das einfach nur als eine Frage der Anhebung des BIP-Anteils, der für Verteidigungszwecke eingesetzt wird. Andere ziehen eine bessere Verwendung der derzeitigen Ausgaben und die Trennung von veralteten Streitkräftekonzepten vor, wodurch die Wirksamkeit deutlich zunähme und unsere Streitkräfte zeitgemäßer würden. Wir sollten definitiv die

“ Von grundlegender Bedeutung für die SPE-Fraktion ist, dass die EU ihre Fähigkeit verbessert, Krisen vorherzusehen ”

zweite Option als unsere Priorität unterstützen. Dennoch ist es erforderlich, für eine angemessene Höhe der Ressourcen zu sorgen, um autonome europäische Einsätze mit den entsprechenden Mitteln auszustatten (z. B. Kommunikationsmittel, Transportmittel und geheimdienstliche Möglichkeiten) und die Fähigkeit der EU zur Konfliktverhütung, Konfliktbewältigung und Konfliktnachsorge zu erhöhen. Letztendlich geht es um die Frage, wie viel „harte“ Macht die EU zur Ergänzung der „sanften“ Macht, über die sie bereits verfügt, braucht und welches strategische Konzept dem zugrunde liegen soll. Klar ist, dass wir nicht alle „harten“ Varianten den USA überlassen wollen. Außerdem wollen wir vermeiden, dass nur die NATO den EU-Ländern einen Rahmen für „Out-of-area“-Situationen bietet.

2.4 Zuallererst wollen wir, dass die EU zusätzlich zu den anderen ihr zur Verfügung stehenden außenpolitischen Instrumenten eine glaubwürdige militärische Option hat. Die EU befindet sich in der einmaligen Lage, dass sie ein breites Spektrum von Instrumenten zur Krisenbewältigung anbieten kann. Auf diese Weise könnte die EU zu einer zivilen Supermacht werden, die anders vorgeht als die USA, weil bei

ihr das Element der sanften Macht überwiegt. Ihre militärische Komponente wäre stark genug für begrenzte Einsätze innerhalb und außerhalb Europas, bei denen die EU auch zivile Konfliktnachsorge leisten könnte. Bei größeren Einsätzen könnte die EU sich internationalen Allianzen anschließen, die von den VN sanktioniert wurden.

2.5 Von grundlegender Bedeutung für die SPE-Fraktion ist, dass die EU ihre Fähigkeit verbessert, Krisen vorherzusehen. Das Problem unserer Länder ist nicht die Frage militärischer Stärke, sondern der politischen Kompetenz, aufgrund von zutreffenden Informationen zum richtigen Zeitpunkt die richtigen Entscheidungen zu treffen und die richtigen Instrumente zu wählen. Die nach einem Konflikt zur Verfügung stehenden Instrumente wie Verhandlungs- und Vermittlungsbemühungen und Unterstützung demokratischer und wirtschaftlicher Reformen in krisengeschüttelten Ländern sollten zur Konfliktverhütung eingesetzt werden. Vorbeugendes Engagement, wie es im von Javier Solana vorgelegten Papier zur Europäischen Sicherheitsstrategie heißt. Daher müssen wir vorhandene Gefahren gründlich analysieren. Alle militärischen Aktionen müssen in Übereinstimmung mit der VN-Charta erfolgen.

“ Vorbeugendes Engagement, wie es im von Javier Solana vorgelegten Papier zur Europäischen Sicherheitsstrategie heißt. Daher müssen wir vorhandene Gefahren gründlich analysieren ”

“ Unsere Priorität ist die Stärkung der Konfliktverhütung. Die Verhütung von Konflikten gründet sich auf die Prognosen für die Zukunft und die Lehren, die wir aus der Vergangenheit und der Gegenwart ziehen. Hierfür brauchen wir bessere und umfassendere Fähigkeiten. Die EU muss ebenfalls eine umfassende Palette von Instrumenten entwickeln, sich konkrete nichtmilitärische Ziele setzen und ein adäquates und kompetentes System für die Entscheidungsfindung schaffen. ” (Neue Dimensionen der Sicherheit, SPE-Fraktion, März 2001)

3 NATO

3.1 Die NATO bleibt weiterhin die strategische Allianz, die für die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder einschließlich der meisten neuen EU-Mitgliedstaaten zuständig ist. Wir brauchen eine starke Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU. Was die „Out-of-area“-Einsätze angeht, so besteht jedoch eine gewisse Konkurrenz. Der EU fehlt noch die Gesamtkapazität für unabhängige Operationen, sie hat sich jedoch mit der NATO auf Unterstützung im nachrichtendienstlichen, logistischen, Planungs-, und Kommunikationsbereich geeinigt. Wir erkennen die Entscheidung des Rates an, die Mitarbeiterzahl des Militärausschusses der Europäischen Union (EUMC) zu erhöhen, um dessen Planungsstab zu verstärken, und innerhalb des Oberkommandos der Alliierten

(ESDI) innerhalb der NATO einer ESVP den Vorzug gegeben. Dennoch lassen sich Probleme vermeiden, solange die Aufgaben und die potenziellen Einsatzgebiete einer jeden Truppe von Anfang an klar geregelt sind.

3.3 Eine schwierige Frage sowohl für die NATO als auch für die ESVP betrifft die Kompatibilität, da die gewaltigen Veränderungen innerhalb der US-Streitkräfte im Zusammenhang mit der Einführung des automatisierten Gefechtsfelds gemeinsame Operationen von US-Truppen und europäischen Einheiten in einer Kriegssituation immer schwieriger werden lassen. Auf dieses Problem muss im

“ Die NATO bleibt weiterhin die strategische Allianz, die für die kollektive Verteidigung ihrer Mitglieder einschließlich der meisten neuen EU-Mitgliedstaaten zuständig ist. Wir brauchen eine starke Zusammenarbeit zwischen der NATO und der EU ”

Streitkräfte in Europa (SHAPE) einen neuen EU-Planungsstab zu bilden. Dadurch werden die EU-Mitgliedstaaten in die Lage versetzt, sowohl eigene EU-Einsätze und EU-Einsätze mit NATO-Mitteln durchzuführen als auch an NATO-Einsätzen teilzunehmen.

3.2 Die NATO hat die Einsetzung einer Eingreiftruppe (NRP) beschlossen, die in einem Kriegsumfeld eingesetzt werden kann, und erwartet von den Europäern, dass sie den Großteil der Truppenstärke von 20 000 Mann stellen. Manche befürchten, das könnte die Bildung der Schnellen Eingreiftruppe der EU erschweren oder umgekehrt. Washington hat stets einer Europäischen Sicherheits- und Verteidigungsinitiative

Rahmen des NATO-Kapazitätsplanungsprozesses eingegangen werden. Das kann nur funktionieren, wenn beide Seiten von einem übermäßigen Schutz ihrer Rüstungsindustrien Abstand nehmen. Schließlich werden die Mitgliedstaaten auch Maßnahmen ergreifen müssen, damit die Kluft nicht noch größer wird.

3.4 Letzten Endes werden sich die USA den Kritikern stellen müssen, die sagen, sie nähmen NATO-Beschlüsse wegen der schwerfälligen Entscheidungsverfahren nicht ernst – siehe Afghanistan. In letzter Zeit wurde die NATO lediglich um militärische Einsätze zur Konfliktnachsorge ersucht. Unter diesen Umständen bedarf es einer öffentlichen Bekräftigung ihres NATO-Engagements durch die USA.

4 Transatlantische Beziehungen

“ Die EU und die US müssen bezüglich der politischen Entscheidungsfindung eine Gleichwertigkeit erreichen. Diese Gleichwertigkeit ist durch ein besseres Gleichgewicht in der Aufgabenteilung zu entwickeln, damit eine bessere regionale und globale Lastenteilung erfolgen kann, mit dem Ziel der Förderung der Sicherheit weltweit ”

(Die neuen Dimensionen der Sicherheit, SPE-Fraktion, März 2001)

4.1 In ihren früheren Positionspapieren hat die SPE-Fraktion ihr Engagement für die Verfolgung einer effektiven und glaubhaften europäischen GASP erklärt, die zur Festigung ihrer Werte im Kampf gegen Armut und Ungleichheit als Hauptursachen von Konflikten, zu Multilateralismus und dem Primat des Völkerrechts gemäß der Charta der VN beiträgt. Zu einer Zeit, da die USA unter der Bush-Administration einen Kurs eingeschlagen haben, der sich auf die einseitige Auslegung amerikanischer Interessen stützt, ist dies umso dringender geboten.

4.2 Vergleicht man die Europäische Sicherheitsstrategie mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002, so werden die konzeptionellen Unterschiede offensichtlich. Wenn die Europäer von vorbeugendem Engagement und effektivem Multilateralismus sprechen, betont die US-Regierung die Möglichkeit von so genannten „vorbeugenden“ (unilateralen) Militärschlägen und unterstreicht ihre Ambitionen, die einzige militärische Supermacht zu bleiben. Während die USA das nationale Interesse sehr oft als Leitprinzip anführen, widmet die EU der Notwendigkeit, Gerechtigkeit in jedweder Form auf internationaler Ebene zu fördern, wesentlich mehr Aufmerksamkeit. Und wenn die EU das VN-System als für die internationale Sicherheit unerlässlich definiert, erklären die USA, dass die Koalition von der Aufgabe bestimmt wird. Diese Widersprüche in den transatlantischen Beziehungen stehen im Mittelpunkt der Sicherheitsdebatte.

4.3 Trotzdem ist es sinnlos, Europa vom Standpunkt der USA aus in positiver oder negativer Weise definieren zu wollen. Dies spiegelt daher eine zunehmende Wertediskussion wider. Auf der einen Seite steht das alte Europa der schrecklichen und tödlichen Kriege, und auf der anderen Seite das neue Europa in Form der Europäischen Union. Wenn wir sanfte Macht bevorzugen, dann deshalb, weil wir die Gefahren kennen, wenn man sich zu stark auf rein militärische Mittel verlässt. Im Gegensatz zu den Unilateralisten in der Bush-Administration glauben wir an universelle Werte und internationale Einrichtungen, die diese und uns schützen. In den USA gibt es genügend Menschen, die im Grunde mit dieser Linie übereinstimmen, jedoch auch bereit sind, unter außergewöhnlichen Umständen wie etwa denen im Zusammenhang mit den terroristischen Anschlägen vom 11. September 2001 einseitig zu handeln. Die Europäer sollten die Ängste der Amerikaner respektieren und Verständnis für ihre Reaktionen zeigen, sollten gleichzeitig jedoch Terrorismus als Vorwand für einseitige militärische Aktionen und die Verletzung grundlegender Menschenrechte nicht akzeptieren. Wir erkennen die Notwendigkeit eines stärkeren transatlantischen Dialogs auf allen Ebenen.

4.4 Die Koalition um Präsident Bush war es, die die neokonservative Agenda unterstützt hat. Wie alle Dinge auf der Welt, wird auch sie nicht von ewiger Dauer sein und daher auch nicht für immer die transatlantische Tagesordnung bestimmen. In den USA sind auch Menschen über die Art und Weise verärgert, wie der Krieg befürwortet

wurde und darüber, dass kaum Vorbereitungen für den Frieden getroffen wurden. Nach wie vor gibt es allerdings eine Tendenz, die tiefer geht und auch von der Demokratischen Partei unterstützt wird, nämlich die Überzeugung, dass sich die Regeln im 21. Jahrhundert geändert haben und dass die USA als alleinige Supermacht eine außerordentliche Verantwortung tragen, an der niemand teilhaben

für die USA noch weniger als vorher zu einem Partner, und in den Augen vieler Amerikaner behielt lediglich die NATO ihre Glaubwürdigkeit. Zu diesem Kreis zählten auch Personen, die uns nahe stehen und die jetzt ein stärkeres Engagement der internationalen Gemeinschaft im Irak fordern. Aufgrund des fehlenden internationalen Konsens erweist sich der Frieden schwieriger als der Krieg – eine Erkenntnis, die sich auch in

“ Vergleicht man die Europäische Sicherheitsstrategie mit der Nationalen Sicherheitsstrategie der USA vom September 2002, so werden die konzeptionellen Unterschiede offensichtlich ”

kann. Die meisten Amerikaner wissen, dass selbst die USA die Welt nicht kontrollieren können und dass diejenigen, die von einem (wenn auch informellen) Imperium träumen, einem Irrtum unterliegen. Sie akzeptieren, dass Europa eine gleichberechtigtere Rolle spielen kann, sobald der alte Kontinent in der Lage ist, dieser auch gerecht zu werden. Das geht aus den vorhandenen Erhebungen hervor. Offener Antiamerikanismus drängt die Mehrheit ins Abseits, denn er hilft denjenigen, die auf Alleingänge setzen. Die Amerikaner sollten aufhören, Europa in einem falschen Licht darzustellen, und wir sollten dazu beitragen, indem wir unsere bislang sehr schwachen Kommunikationsbemühungen verstärken. Überdies sollten wir die USA daran erinnern, wie wir versucht haben, die Welt nach 1945 gemeinsam zu verbessern. Nicht im Alleingang.

4.5 Im Augenblick hilft dies nicht, bestehende Probleme zu lösen, zu denen insbesondere Folgendes zählt:

- Viele haben die Invasion des Irak abgelehnt, weil es für eine solche Aktion kein VN-Mandat gab und weil sie nicht überzeugt waren, dass die Inspektionen zur Auffindung von Massenvernichtungswaffen in ausreichendem Maße durchgeführt wurden. Die Regierungen der EU-Länder waren in dieser Frage unterschiedlicher Meinung, obwohl die Bürger mehrheitlich gegen den Krieg waren. Dadurch wurde die EU

den USA immer stärker durchsetzt. Beim nächsten Mal sollte die Debatte von dieser Erfahrung bestimmt werden. Tritt dieser Fall ein, sollten wir internationale Maßnahmen gegen einen Staat oder ein Regime nicht ausschließen, das die internationale Sicherheit bedroht, Terroristen Unterschlupf gewährt oder an Völkermord beteiligt ist, die Entscheidung muss jedoch bei den Vereinten Nationen liegen.

- Wir stehen nach wie vor zu unserer Überzeugung, dass ein präemptiver oder präventiver Krieg abgelehnt werden muss. Auch wir sind der Meinung, dass unter bestimmten Umständen und als letztes Mittel eine militärische Intervention gerechtfertigt sein könnte, allerdings nur dann, wenn eindeutig nachgewiesen ist, dass keine andere Möglichkeit besteht und wenn dies in einem legitimen internationalen Rahmen unter Aufsicht des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen erfolgt.

- In diesem Zusammenhang wenden wir uns strikt gegen das Konzept der Schaffung eines Imperiums und die Verlegung von US-Truppen an andere Standorte. Wir sprechen uns gegen das Konzept einer unipolaren Welt auf der Basis der militärischen Vorherrschaft der USA aus, weil wir davon überzeugt sind, dass letzten Endes der Multilateralismus effektiver und effizienter ist.

- Der US-Senat in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung akzeptiert den Internationalen Strafgerichtshof nicht, weil seiner Ansicht nach die amerikanischen Interessen nicht ausreichend gewahrt werden. Einen Kompromiss mit diesem Mangel an

Vertrauen in eine internationale, vom VN-Sicherheitsrat kontrollierte Institution kann es nicht geben. Die EU muss den Internationalen Strafgerichtshof auch weiterhin unterstützen und versuchen, Länder von der Unterzeichnung eines Abkommens mit den USA nach Artikel 98 abzuhalten. Unsere Aufgabe ist es, seine Glaubwürdigkeit zu wahren und sicherzustellen, dass das Funktionieren des Gerichtshofes beweist, dass die USA Unrecht haben. Allerdings müssen wir unsere Gespräche mit den USA und die Suche nach einer Lösung weiterführen. Das betrifft auch die äußerst wichtige Debatte zur Reform der UNO. Wer denkt, die UNO könne ohne Mitwirkung der USA funktionieren, der irrt.

“ Aufgrund des fehlenden internationalen Konsens erweist sich der Frieden schwieriger als der Krieg - eine Erkenntnis, die sich auch in den USA immer stärker durchsetzt ”

■ Unserer Ansicht nach haben die USA im Zusammenhang mit dem Kyoto-Protokoll einen absolut falschen Weg eingeschlagen. Auch hier sollte die EU an ihrer Position festhalten. Wir benötigen in der Tat das Abkommen nicht nur wegen des damit gegebenen Beispiels, sondern auch, weil die Stimmung in den USA umschlagen könnte. Wenn dies der Fall sein sollte, muss die EU bereit sein, an den Verhandlungstisch zurück zukehren und den Amerikanern das gleiche Angebot wie den Japanern unterbreiten. Außerdem sollte die EU ihre eigenen Verpflichtungen ernster nehmen.

■ Globalisierung, Handel und der Konsens von Washington. Die gegenwärtige US-Regierung ist protektionistischer als ihre Vorgängerin, zumindest in Bereichen wie der Landwirtschaft und dem Stahlsektor. Bei anderen Dingen wie dem geistigen Eigentum und dem Marktzugang in anderen Regionen der Welt demonstriert sie einen aggressiven Liberalismus. Nach wie vor unterstützt sie vorbehaltlos den Konsens von IWF und Weltbank, obwohl ihre eigene Schuldenpolitik selbst die meisten der Bediensteten in diesen Institutionen schockiert. Die Probleme im Handel zwischen der EU und den USA zeigen in der Tat, dass sie identische Politikansätze verfolgen, die sich im Allgemeinen nachteilig auf die Entwicklungsländer auswirken. Die EU hat in „Washington“ genauso viel Macht wie die USA selbst.

■ Ein ernstes Problem besteht hinsichtlich der Abrüstung. Aus den vorstehend genannten Gründen werden viele wichtige Initiativen wie die in Verbindung mit Kleinwaffen oder Landminen von den USA nicht unterstützt. Die USA haben ihr eigenes System der Nichtweiterverbreitung entwickelt, das den Nichtweiterverbreitungsvertrag unterläuft. Hier sollte die EU eine mutigere Strategie verfolgen, Unterstützung bei anderen großen Akteuren suchen und mehr „sanfte“ Gewalt zur Unterstützung der Abrüstung anwenden. Selbstverständlich sollte sie auch weiterhin versuchen, eine Änderung der Politik der USA hin zu mehr Multilateralismus zu bewirken.

4.6 Der Auseinandersetzung über diametral entgegengesetzte Vorstellungen ziehen wir die Auseinandersetzung über unterschiedliche Politikansätze vor. Dort, wo wir uns aufeinander zubewegen können, sollten wir es versuchen. Wenn sich die USA in entgegengesetzter Richtung zu einer festen Position der EU bewegen, sollten wir protestieren, uns jedoch nicht der Illusion hingeben, dass wir die USA in ihrem Handeln aufhalten können. In bestimmten Situationen brauchen sie uns nicht, so wie sie uns auch nicht aufhalten können, wenn es um unsere Werte geht. Dieser etwas pragmatische Ansatz funktioniert jedoch nicht, wenn wir es den USA weiterhin ermöglichen, sich in Europa nach Belieben zu bedienen. Das war vor dem Krieg im Irak ganz offensichtlich: Hohe Vertreter der Bush-Administration stellten ihre bedingungslosen Anhänger als das „neue Europa“ vor und legten Meinungsabweichung als fehlende Loyalität oder Verrat aus. Um eine Wiederholung dieser Situation zu vermeiden, sollte die erweiterte EU auf mehr Einigkeit im Bereich der GASP hinarbeiten. Daher muss unser Entscheidungsfindungsverfahren radikal verändert werden.

5 Das größere Europa

5.1 Die neuen Grenzen der erweiterten Union sollten als eine gute Gelegenheit angesehen werden, ein Netzwerk vertiefter Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und Süden aufzubauen. Deshalb muss es Aufgabe der Europäischen Union sein, mit diesen Ländern und Regionen ein umfassendes und effektives Nachbarschaftskonzept zu entwickeln, mit dessen Hilfe nach effektiveren Lösungen für die durch gegenseitige Abhängigkeit und Globalisierung entstehenden Probleme gesucht werden kann.

Diese Länder sind von Stabilität weit entfernt, so dass wir noch einen langen gemeinsamen Weg zurücklegen müssen, bevor ein kohärentes System von Beziehungen auf der Grundlage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Dialog zwischen Kulturen und Religionen geschaffen ist. Nur dann wird Europa wirklich sicher sein. Diese Strategie ist keinesfalls unvereinbar mit den Bestrebungen bestimmter europäischer Nachbarländer, Mitglieder der EU zu werden oder andere vertraglichen Beziehungen zu knüpfen.

“ Die neuen Grenzen der erweiterten Union sollten als eine gute Gelegenheit angesehen werden, ein Netzwerk vertiefter Beziehungen zu den Nachbarn im Osten und Süden aufzubauen ”

Wir müssen sorgsam darauf achten, dass die Strategie des größeren Europas mit den anderen Zielen der EU-Außenpolitik wie Entwicklung und weltweite Förderung der Menschenrechte Schritt hält.

Die jüngsten internationalen Entwicklungen sollten nicht zu einer übermäßigen Konzentration auf Fragen führen, die ihren Ursprung „out of area“ haben.

Die EU besitzt eine Agenda für das benachbarte Ausland, die weiter ausgearbeitet werden muss. Es steht außer Zweifel, dass die vorhandenen außenpolitischen Instrumente der EU am besten im größeren Europa und in den Beziehungen zu den neuen Nachbarn funktionieren.

Man darf jedoch die Probleme, die in einigen der betroffenen Länder entstehen können, sowie die Schwierigkeiten, denen sich die EU dadurch ausgesetzt sehen könnte, nicht unterschätzen.

Daher sollte die neue Nachbarschaftspolitik der EU einen Schwerpunkt der GASP bilden. Engere Beziehungen werden für die Annäherung der EU an die sie umgebende Region förderlich sein. Freihandel, grenzüberschreitende Initiativen, Zusammenarbeit im Kampf gegen Kriminalität und illegale Zuwanderung, nukleare Sicherheit, kultureller Austausch und politischer Dialog werden die Grundlage für weitere Gespräche mit einer Reihe dieser Länder über die Mitgliedschaft in der EU bilden.

Es spricht für sich, dass die vordringlichste Aufgabe der ESVP darin besteht, Verantwortung für Krisenmanagement und friedenserhaltende/friedensschaffende Maßnahmen in (und um) Europa zu übernehmen.

5.2 Die von der EU in Angriff genommene Strategie bezüglich ihrer Nachbarschaft gibt uns die Möglichkeit, auch auf die Sicherheitsaspekte im Rahmen der Beziehung zu den betreffenden Ländern (Ukraine, Moldawien und

Belarus; den Partnern des Barcelona-Prozesses im Mittelmeerraum) zu verweisen.

5.3 Die Sicherheit im Mittelmeerraum ist angesichts der bestehenden Konflikte in der Region und der möglichen Folgen anderer Konflikte aus ethnischen, religiösen, sozialen und wirtschaftlichen Gründen außerordentlich wichtig. Der gegenwärtige Barcelona-Prozess muss auch auf dem Gebiet der Sicherheit durch eine kohärente und effektive Euro-Mittelmeer-Partnerschaft, die neben der sozioökonomischen Dimension auch die Achtung von Menschenrechten und Demokratie gewährleisten muss, deutlich neu belebt werden.

Verhältnis zur NATO und hegt keinerlei Ambitionen, Mitglied der EU zu werden.

Es gibt jedoch auch dunkle Seiten in der russischen Politik, denen oft keine Aufmerksamkeit geschenkt wird. Durch die GUS vergrößert das Land noch seinen wirtschaftlichen und politischen Einfluss. Die russische Wirtschaft ist in dieser Region sehr dominant und Moskau ist in Versuchung, die Energie als Waffe in seiner Außenpolitik einzusetzen. Ohne wirklich etwas dagegen zu tun, akzeptiert Moskau das Fehlen von Demokratie in einer Reihe von GUS-Staaten wie beispielsweise Belarus. Russland selbst ist (noch) kein wirklich

“ Die Sicherheit im Mittelmeerraum ist angesichts der bestehenden Konflikte in der Region... außerordentlich wichtig. Der gegenwärtige Barcelona-Prozess muss auch auf dem Gebiet der Sicherheit... deutlich neu belebt werden ”

Dabei ist die Möglichkeit in Betracht zu ziehen, Prozesse der Zusammenarbeit zwischen der OSZE und den Ländern des Mittelmeerraums und des Nahen Ostens auf den Weg zu bringen.

5.4 Bei der Russischen Föderation sind die Probleme anders gelagert. Die Beziehungen zur EU sind gut und die politischen Spannungen im Zusammenhang mit der Erweiterung von NATO und EU sind abgeklungen. Beide Seiten konzentrieren sich auf den Handel und den Energiesektor. Russland stellt keine konventionelle militärische Bedrohung mehr dar und ist dabei, sein Kernwaffenarsenal beträchtlich abzubauen. Es ist ein guter und aktiver Partner im Kampf gegen den internationalen Terrorismus. Es hat ein besonderes

demokratisches Land und ist für andere vor allem im Hinblick auf seine Rolle in Tschetschenien und in der Frage der Menschenrechte ein schlechtes Beispiel. Die EU sollte diesen Aspekten in ihrem Dialog mit Russland mehr Aufmerksamkeit schenken. Sie sollte Länder wie die Ukraine mit einbeziehen, um ihnen die Bedeutung von Demokratie als Voraussetzung für engere Beziehungen mit der EU vor Augen führen.

Um mehr Offenheit und Transparenz im größeren Europa fördern zu können, könnte die EU die von Moskau formulierte Herausforderung, die OSZE effektiver zu machen, aufzugreifen.

6 Die globale Agenda

Wenngleich im Mittelpunkt dieses Papiers der Dialog zwischen der EU und den USA steht, sind wir uns der Notwendigkeit bewusst, dass die EU auch ihre Politik gegenüber wichtigen internationalen Akteuren wie China und der Russischen Föderation neu bewerten muss. Wie auf dem WTO-Gipfel in Cancun deutlich wurde, kommt es in der Welt zur Bildung neuer Koalitionen. Dadurch entstehen zusätzliche unabhängige Akteure auf der internationalen Bühne. Die EU muss sie nicht nur anerkennen, sondern sich auch um

Afrika ist eine begrüßenswerte EU-Initiative, bei der wir dafür Sorge tragen müssen, dass sie weiterhin finanziell gut ausgestattet ist. Ferner ist die regionale Integration in Afrika unbedingt erforderlich, diesbezügliche Bemühungen sollten wir möglichst umfassend unterstützen.

Die EU kann und muss eine entscheidende Rolle spielen, wenn es um die Erreichung der Millenniumsziele, die radikale Reformierung der WTO-Regeln im Interesse von

“ Für die SPE-Fraktion bedeutet das nicht nur die grundsätzliche Bereitschaft, dass sich die EU mit Sicherheitsfragen in der ganzen Welt beschäftigt, sondern sich auch weltweit aktiv gegen Armut und für die Umwelt einsetzt und sich genereller mit den Folgen der Globalisierung auseinandersetzt ”

eine aktive Zusammenarbeit bemühen, weil sie bei der Schaffung von Frieden und im Kampf gegen den internationalen Terrorismus eine Rolle spielen. Lokal handeln, global denken.

Für die SPE-Fraktion bedeutet das nicht nur die grundsätzliche Bereitschaft, dass sich die EU mit Sicherheitsfragen in der ganzen Welt beschäftigt, sondern sich auch weltweit aktiv gegen Armut und für die Umwelt einsetzt und sich genereller mit den Folgen der Globalisierung auseinandersetzt. Entwicklungszusammenarbeit und Entwicklungshilfe sind Instrumente von herausragender Bedeutung. Die EU nimmt auf diesem Gebiet die Spitzenposition ein. Die kürzlich geschaffene Friedensfazilität für

fairem Handel und der Entwicklung einer ausgewogeneren und demokratischen Weltordnungspolitik und die Nutzung der wirtschaftlichen und sozialen Kräfte der Welt zugunsten aller Menschen der Welt geht. Die EU sollte ihren Einfluss vor allem im IWF und in der Weltbank zum Tragen bringen, damit der so genannte Konsens von Washington neu formuliert wird und günstigere wirtschaftliche und finanzielle Bedingungen für die Entwicklungsländer geschaffen werden. Der Aufbau einer gerechten Welt für alle wird mit der Zeit die weltweiten Sicherheitsbedrohungen verringern und langfristig zu mehr globaler Sicherheit führen.

NEUE DIMENSIONEN DER SICHERHEIT

Die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union
(März 2001)

1	Die Herausforderung	19
2	Unsere Grundsätze, unser Konzept	19
3	Europäische Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich	21
4	Stärkung der Konfliktverhütung – unser vorrangiges Anliegen	21
5	Abrüstung: alte Versprechen und neue Bedürfnisse	23
6	Rahmenstrukturen für humanitäres Eingreifen	24
7	Die Rolle der VN und der OSZE	24
8	Beziehungen zwischen den USA und der EU im Sicherheitsbereich	25
9	Regionale Sicherheitspolitik: Russland, ein neuer Partner?	26
	Schlussfolgerungen	27

1 Die Herausforderung

Die Sozialdemokraten und Sozialisten sind mit einer zweifachen Herausforderung konfrontiert. Erstens haben wir es mit einer umfassenderen globalen Sicherheitsagenda des 21. Jahrhunderts zu tun. Zweitens müssen wir die neuen Dimensionen der europäischen Sicherheit nach den EU-Gipfelkonferenzen von Köln, Helsinki, Feira und Nizza definieren, die wichtige Entscheidungen auf diesem Gebiet getroffen haben.

Im Zeitalter nach dem kalten Krieg sind das enorme Ungleichgewicht zwischen der nördlichen und südlichen Halbkugel sowie die Armut in mehreren Ländern der Dritten Welt die größten Feinde von Frieden, Demokratie und Entwicklung; sie sind auch der Auslöser für gewaltige Flüchtlingsströme. Militärische Arsenale und nukleares Wettrüsten werden in dieser Lage keine Sicherheit gewährleisten. Wir können die Armut nicht mit militärischen Mitteln in den Griff bekommen – aber die Armut kann für uns eine Bedrohung darstellen. Hier müssen wir den alten sozialistischen und sozialdemokratischen Grundsatz der Solidarität verstärkt anwenden. Sicherheit und Solidarität sind zwei Seiten ein und derselben Medaille in der heutigen Welt. Aus diesem Grund muss ein breit angelegtes Programm zur Überwindung der Armut eines der Hauptanliegen der GASP sein. Daher ist es nicht nur moralisch verwerflich, sondern auch politisch unsinnig, wenn die reichen Länder die internationale Entwicklungshilfe kürzen. Mit anderen Worten, Sicherheit ist unteilbar und eng mit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung in Ost und West, in Nord und Süd verknüpft. Armut ist nicht das einzige globale Sicherheitsrisiko. Wir müssen auch andere

Ursachen aufzeigen, wie ethnische und religiöse Konflikte, mit Nationalismus und Fundamentalismus einhergehender Terrorismus, organisiertes Verbrechen und Drogenhandel, fehlende Demokratie sowie Vernichtung von Umwelt und Wasser-Ressourcen. Oft ist es eine Kombination all dieser Faktoren, die den tatsächlichen Konflikt verursacht. Daneben dürfen wir die Rolle politischer Konzepte und der Politiker selbst als potenzielle und erhebliche Konfliktquellen nicht unterschätzen. Die Bedrohungen unserer Sicherheit sind vielfältig. Oft sind sie weniger direkt und unterschiedlicher Natur und Reichweite. In einer globalen Welt sind sie eng miteinander verbunden. Während die militärische Bedrohung in Europa an Bedeutung verloren hat, stehen wir vor einer neuen regionalen Instabilität, die durch die oben erwähnten Faktoren verursacht wird. Die Sicherheit ist dynamischer geworden. Sie kann nicht mehr als rein militärisches Problem betrachtet werden. Wenn wir eine sichere Welt wollen, müssen wir die Probleme in den Bereichen Demokratie, Globalisierung der Wirtschaft und Umweltzerstörung in dieser Optik angehen. Neue Konzepte, Politiken und Instrumente müssen auch unter Berücksichtigung dieser Denkweise entwickelt werden. Wir müssen mehr Verantwortung als in der Vergangenheit übernehmen, als die Konfrontation zwischen den Blöcken die Reichweite unserer internationalen Aktionen stark eingrenzte. Diese Verantwortung besitzt zwar eine militärische Dimension, darf aber weder ausschließlich noch vorrangig in dieser Optik definiert werden. Wir müssen nichtmilitärische Konzepte, Politiken und Strategien entwickeln und ihnen mindestens die gleiche Priorität einräumen, die die militärische Dimension derzeit genießt.

2 Unsere Grundsätze, unser Konzept

Für die europäische Sicherheit gelten drei grundlegende Prinzipien. Wir sind der Auffassung, dass das Prinzip der gemeinsamen Sicherheit nach wie vor in Europa und anderswo Gültigkeit hat. Dieses Prinzip besagt, dass dauerhafte Sicherheit nur erreicht werden kann, wenn sie durch Zusammenarbeit auf der Grundlage von Gleichheit, Gerechtigkeit und Gegenseitigkeit für alle gilt. Zweitens bekennen wir uns zu dem umfassenden Konzept der dauerhaften Sicherheit. Man sollte sich nicht nur mit der unmittelbaren Situation der Unsicherheit befassen. Es sollte vielmehr darum gehen, die Ursachen der Unsicherheit zu beseitigen. Konflikte werden durch viele Faktoren hervorgerufen und genährt – von sozialen Spannungen bis hin zu ökologischen Fragen. Oft sind auch Menschenrechte mit im Spiel.

Manchmal geht es vielleicht um historische Ursachen. Oft handelt es sich um eine Mischung kurz- und langfristiger Probleme. Die Auseinandersetzung mit ihnen sollte Teil jeder Politik sein, die sich mit bestimmten Bereichen der Unsicherheit befasst. Ein gutes Beispiel für eine solche umfassende Politik ist die EU selbst bzw. ihr Erweiterungsprozess. Es ist offenkundig, dass in den meisten Fällen militärische Instrumente nicht ausreichen, um die Ursachen der Instabilität zu beseitigen. Wenn wir den Einsatz militärischer Kräfte beschließen, müssen wir uns stets die Frage stellen, ob es Alternativen im zivilen Bereich gibt bzw. wie sich dieser Einsatz in ein umfassenderes Sicherheitskonzept einfügt. Der Kosovo war und ist noch immer ein gutes Beispiel für das Dilemma, in dem wir stecken.

Eine neue militärische Krise (nach den Krisen in Kroatien und Bosnien) führte zu einem Durchbruch in der EU-Politik: Die Annahme des Stabilitätspakts ist ein Versuch, künftige militärische Probleme mit einem umfassenden Sicherheitskonzept zu vermeiden. Dies ist eine überaus positive Entwicklung und es ist bedauerlich, dass wir dies nicht früher in Betracht gezogen haben.

Es ist klar, dass die Betonung dauerhafter Sicherheit auch die Bedeutung der Methoden zur Konfliktverhütung und der zivilen Krisenbewältigung hervorhebt. Dazu gehört die Analyse, Früherkennung und Lösung von Konflikten. Die EU verfügt über ein breit gefächertes Arsenal an Instrumenten – von denen sich einige erst in der Entwicklungsphase befinden – aber sie muss sie besser gestalten und einsetzen. Das militärische Instrument der GASP kann nur ein letzter Ausweg sein.

Die GASP hat den Vorteil, dass sie Anreize zur Förderung der Sicherheit schaffen kann, unter anderem in den Bereichen Handel, Hilfe, bilaterale und multilaterale Abkommen. Wenn die GASP effektiv sein soll, müssen die Aktionen der verschiedenen Pfeiler der EU in diesem Bereich jedoch besser koordiniert werden.

Besondere Aufmerksamkeit sollte den sicherheitspolitischen Aspekten des dritten Pfeilers hinsichtlich Innerer Angelegenheiten und Justiz gelten. Sie sind natürlich Teil jedes umfassenden Sicherheitskonzepts. In ganz Europa verdienen sie aber angesichts der demokratischen Instabilität in vielen Bereichen unser besonderes Augenmerk. Kriminalität und Korruption blühen unter solchen Umständen, und der Terrorismus bleibt weiterhin eine große Bedrohung.

Es liegt auf der Hand, dass sich dieses umfassende Sicherheitskonzept auch auf unsere Einschätzung der bestehenden Bedrohungen stützt. Sie sind im Augenblick nicht so sehr militärischer Art wie vor etwa 15 Jahren. Die Möglichkeiten militärischer Instrumente sind begrenzt. Sie können keinen Beitrag zur Verbesserung der natürlichen Umwelt leisten. Sie sind nutzlos, wenn es um die Gestaltung unserer komplizierten Beziehungen zu anderen Staaten oder Föderationen geht.

Das dritte Element ist der Aspekt demokratischer Sicherheit. Wir glauben, dass die Demokratie (in all ihren Erscheinungsformen) der beste Garant für Sicherheit ist. Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschenrechte, eine Kultur der Demokratie und Stabilität der demokratischen Institutionen sind ebenfalls wichtige Pfeiler der Sicherheit. Wenn dies aber die Normen sind, sollten wir sie auch auf die Art und Weise anwenden, in der wir unsere Sicherheit organisieren. Das derzeitige internationale System ist nicht repräsentativ genug. Aber auch im näheren Umfeld können wir die Art und Weise

in Frage stellen, in der die NATO wichtige Entscheidungen trifft, wie auch die Modelle der demokratischen Kontrolle, die sie bei der Verabschiedung oder Umsetzung dieser Beschlüsse einsetzt. Einige stellen auch die Arbeitsweise und die Zusammensetzung des VN-Sicherheitsrats in Frage. Warum gehen wir nicht vom Vetosystem zu einem Mehrheitsbeschlussverfahren über? Die Vereinten Nationen brauchen vielleicht wirklich eine Art Regierungskonferenz, damit sie sich mit den Fragen nach der Erweiterung des Sicherheitsrates und den Abstimmungen mit qualifizierter Mehrheit auseinandersetzen können. All diese Überlegungen untermauern unsere Forderung nach einer strikten demokratischen Kontrolle des Pfeilers der GASP durch das Europäische Parlament und die nationalen Parlamente.

Wenn wir versuchen, unsere grundlegenden Annahmen in einige Leitlinien umzusetzen, gelangen wir zu folgenden Erkenntnissen:

Es ist unser Ziel, Kooperation zu fördern, um Konfrontation zu vermeiden. Wo immer dies möglich ist, sollten wir versuchen, Konflikte zu vermeiden oder sie durch Zusammenarbeit mit allen betroffenen Parteien zu lösen. Nur wenn dies misslingt, sollten wir alternative Lösungen in Betracht ziehen. Auf Europa angewandt, bedeutet diese Leitlinie zum Beispiel, dass die Stärkung der GASP mit einer Verbesserung der Arbeitsweise der OSZE und des Europarats gekoppelt werden sollte.

Die Anwendung eines umfassenden Sicherheitskonzepts bedeutet, dass wir eine breitere Palette sicherheitspolitischer Instrumente zur Gewährleistung aller Aspekte der Sicherheit entwickeln müssen. Wir müssen einen Großteil unserer politischen Strategien vor diesem Hintergrund auf den Prüfstand stellen und neu bewerten. Nationale Sicherheit muss neu definiert werden. Wir geben dem Einsatz ziviler Instrumente zur Konfliktlösung Vorrang, mit einer glaubwürdigen militärischen Kapazität im Hintergrund. Wir sind der Auffassung, dass militärische Instrumente oft nicht die beste Option sind. Manchmal ist ihr Einsatz sogar unmöglich. Nur wenn unsere ernsthaften Versuche, einen Konflikt mit anderen Mitteln zu verhüten oder zu lösen, fehlschlagen, sollten wir zu militärischen Instrumenten greifen. Es liegt ebenfalls auf der Hand, dass wir der Konfliktverhütung Vorrang geben vor der Krisenbewältigung (mit militärischen Mitteln).

Unser Einsatz für eine dauerhafte Sicherheit bedeutet nicht, dass wir ohne die militärische Komponente auskommen können. Sie ist weiterhin ein grundlegender Bestandteil jeder Sicherheitspolitik. Eine glaubwürdige Verteidigungsfähigkeit ist in vielerlei Hinsicht wesentlich.

3 Europäische Zusammenarbeit im Sicherheits- und Verteidigungsbereich

Nach den Gipfelkonferenzen von Helsinki, Köln, Feira und Nizza hat die EU in diesem Bereich riesige Fortschritte aufzuweisen. Die SPE-Fraktion hat aktiv dazu beigetragen, die Position des Europäischen Parlaments zu allen Aspekten der neuen europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) zu definieren.

Die SPE-Fraktion hat die Weiterentwicklung der GASP seit dem Vertrag von Maastricht unterstützt. Die EU braucht eine kohärente Außen- und Sicherheitspolitik, um ihrem wachsenden wirtschaftlichen und politischen Gewicht Ausdruck zu verleihen, ihre Fähigkeit zur autonomen Entscheidungsfindung und zum autonomen Handeln zu stärken und vor allem ihren Beitrag zu Frieden und Sicherheit auf allen Ebenen zu verbessern. Die Weiterentwicklung der GASP sollte im Zusammenhang mit dem umfassenderen Sicherheitskonzept der SPE-Fraktion gesehen werden. Wir haben die Einbeziehung der Petersberg-Aufgaben in den Vertrag unterstützt. Wir pflichten der Auffassung bei, dass die EU handlungsfähig sein muss, wenn militärische Krisenbewältigung oder humanitäres Eingreifen gefordert sind. Wir haben das Konzept der Friedensschaffung als wichtigen Schritt bei der Weiterentwicklung unseres Sicherheitsansatzes akzeptiert. Wir teilen die Schlussfolgerung des Europäischen Rates, dass die Westeuropäische Union (WEU) als Organisation ihren Zweck erfüllt hat. Die Eingliederung notwendiger WEU-Aufgaben in die EU ist daher logisch. Wir unterstützen ferner den Gedanken autonomer Schritte seitens der EU, um die kollektive Sicherheit in Europa zu erhöhen. Eine Beteiligung der NATO ist nicht immer notwendig. Wir sollten aber sorgsam darauf achten, verantwortliche und

transparente Verfahren der Zusammenarbeit zu entwickeln.

Die Beschlüsse des Europäischen Rates von Helsinki wurden begrüßt. Sie stellen einen dynamischen Schritt auf dem Wege zur Verfassung und zur Schaffung von EU-Kapazitäten dar, die sie zur Durchführung der Petersberg-Aufgaben benötigt. Die Schnelle Eingreiftruppe wird in einer umfassenderen GASP ein wichtiges Bindeglied darstellen. Sie wird ein wesentliches Instrument der Krisenverhütung, der Krisenbewältigung und des humanitären Eingreifens sein. Sie kann, wie bereits angeführt, nur als Teil einer Gesamtgruppe von Instrumenten erfolgreich sein. Hinter dem Konzept der EU steckt der Gedanke, zu gewährleisten, dass nie mehr ein innereuropäischer Krieg stattfindet. Die Schnelle Eingreiftruppe ist ein Instrument aus einer breiten Palette, das eingesetzt werden kann, um die kollektive Sicherheit, vor allem in Europa, wiederherzustellen bzw. zu erhöhen.

Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP) und der Begriff der europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität waren Gegenstand einer detaillierten Einschätzung in den LALUMIERE-Berichten, die wir als Fraktion unterstützen. Wir wollen zwei Aspekte hervorheben. Die Ziele müssen in ein leistungsfähiges, flexibles und umfassendes Paket von Instrumenten umgesetzt werden. Hierbei kann sich die EU nicht auf eine lange Tradition stützen. Schließlich sind wir über das wachsende Demokratiedefizit im Bereich der GASP besorgt. Wir betrachten es als unsere Verantwortung, weitere Vorschläge in diesem Bereich zur Beseitigung des bestehenden Defizits zu erarbeiten.

4 Stärkung der Konfliktverhütung – unser vorrangiges Anliegen

Aus unseren Erfahrungen mit dem Balkan können wir viel lernen. Warum waren wir nicht in der Lage, die militärischen Auseinandersetzungen und ihre enormen Kosten für alle Seiten zu verhindern? Wir waren nicht vorbereitet. Aus diesem Grund hat sich ein militärisches Eingreifen letztlich als unvermeidlich erwiesen. Wir wussten nicht, wogegen und wie wir Präventivmaßnahmen treffen sollten. Der plötzliche Übergang von einer statischen zu einer sich wandelnden Welt hat uns überrascht.

Aus dieser Erfahrung heraus ist ein neues Bewusstsein für die Bedeutung der Konfliktverhütung entstanden. Was hauptsächlich in den Papieren der Vereinten Nationen und der OSZE stand und von nur wenigen Staaten praktiziert wurde, ist jetzt auch für die EU zum vorrangigen Thema geworden. Dies geht aus den Schlussfolgerungen von Helsinki eindeutig hervor. Diese Entwicklung ist sehr zu begrüßen, denn sie unterstreicht die herausragende Bedeutung ziviler sicherheitspolitischer Instrumente. Sie spiegelt ferner die

Überzeugung wider, dass militärische Instrumente in vielen Situationen nicht eingesetzt werden können und sollen, um (potenziellen) Konflikten vorzubeugen oder sie zu lösen. Konkreter Ausdruck dieses neuen Bewusstseins sind die Erweiterungsbeschlüsse, der Stabilitäts-pakt und die Gemeinsamen Strategien für Russland und die Ukraine. Diese Schritte beseitigen aber nicht vollständig das Risiko eines gewaltsamen Konflikts.

Es gibt viele Möglichkeiten, Konfliktverhütung zu definieren. Unserer Meinung nach besteht sie entweder darin, einen Konflikt vorzusehen oder ihn mit nichtmilitärischen Instrumenten zu lösen (zivile Krisenbewältigung). Konfliktnachsorge kann auch als Konfliktverhütung bezeichnet werden (um eine Wiederholung zu vermeiden). Konfliktverhütung kommt in vielen Bereichen zur Anwendung. Sie kann sektorbezogen sein wie beispielsweise in Bezug auf die Wasserwirtschaft. Wie geht man mit den immer knapper werdenden Wasser-Ressourcen im Nahen Osten um? Sie kann geographisch sein, beispielsweise im Balkan. Sie kann globalen Charakter haben, siehe die globale Erderwärmung. Sie kann regionaler Art sein, so bei OSZE-Operationen. Ein umfassendes Sicherheitskonzept führt damit zu einer breiteren Definition der Konfliktverhütung. Die Konfliktverhütung beruht darauf, dass wir die Zukunft vorhersehen, indem wir aus der Vergangenheit und der Gegenwart lernen. Dazu brauchen wir mehr und bessere Fähigkeiten. Neben Szenarien für die militärische Planung und den militärischen Bereich müssen wir Szenarien für die Planung der Konfliktverhütung und für die eigentliche Konfliktverhütung entwickeln. Wir brauchen verstärkt spezialisierte Fähigkeiten. Einige bezeichnen dies als eine veränderte Konfliktverhütungskultur. Wir müssen die Instrumente betrachten. Die EU hat viele Möglichkeiten zur Konfliktverhütung. Sie kommen in den genannten Beispielen zum Tragen. Die EU verfügt im wirtschaftlichen und politischen Bereich über ein großes Potenzial. Konfliktverhütung funktioniert aber nur, wenn der potenzielle Konflikt präzise definiert und eine umfangreiche Palette von Instrumenten zur Verfügung gestellt wird. Dies ist von Situation zu Situation verschieden.

Derzeit besitzt die EU keine flexiblen Gruppen von Instrumenten, die bei bestimmten Arten der Konfliktverhütung eingesetzt werden können. Die Bestimmung der Erfordernisse der Konfliktverhütung hinsichtlich der Situationen und der Instrumente wird durch die Überschneidung des ersten und des zweiten Pfeilers im EU-Vertrag beeinträchtigt. Es gibt keine Koordinierungsmechanismen. Daher ist es schwierig, gemeinsame Anstrengungen zu unternehmen. Es gibt keinen Pool für nationale und EU-Ressourcen.

Der Europäische Rat ist sich dessen bewusst und fordert entsprechende Initiativen. Die Europäische Kommission hat ebenfalls neue Vorschläge vorgelegt.

Die EU muss dringend einen Mechanismus zur Bewertung des globalen und regionalen Konfliktpotenzials und zur Bestimmung struktureller Risikofaktoren entwickeln. Auf der Grundlage dieser Bewertung können neue Bereiche und Schritte festgelegt werden. Wie bereits erwähnt, ergreift die EU derzeit viele Maßnahmen zur Konfliktverhütung. Es gibt aber Bereiche, die vernachlässigt werden. Testfälle sollten ins Auge gefasst werden, beispielsweise die Wasserfragen im Mittelmeerraum oder die Stabilisierung Albanien.

Die EU muss ein Verzeichnis der vorhandenen Instrumente erstellen und möglicherweise neue aufzeigen. Wenn wir versuchen, die Erfordernisse/ Instrumente/ Aktivitäten/ Bedrohungen aufzulisten, ergibt sich besonders folgendes Bild: Humanitäre Hilfe, Wahlbeobachtung, Stationierung und Ausbildung von Polizeikräften, Grenzkontrollen, Aufbau von Institutionen, Minenräumung, Rüstungskontrolle und Waffenentsorgung, Bekämpfung des illegalen Handels, Durchsetzung von Embargos, die von den VN mit Unterstützung der EU verhängt wurden, und Entwicklung wirksamer Sanktionen, Bekämpfung von Terrorismus und organisiertem Verbrechen, HIV/Aids und Drogenhandel. Die EU verfügt bereits über eine Menge Erfahrung in einer Anzahl dieser Bereiche. Wir brauchen aber eine Struktur, die vorgibt, welche Mischung von Instrumenten wir für welche Situationen brauchen, damit wir im zivilen Bereich wirksam Macht demonstrieren und Erfahrungen sowie alte und neue Instrumente auf EU- oder nationaler Ebene miteinander verknüpfen können. Wir müssen unterscheiden zwischen kurzfristiger Konfliktverhütung, für die die Kommission Vorbereitungen trifft (siehe Liste) und für die vorhandene Instrumente bestens geeignet scheinen, und langfristigen Aktivitäten. Insbesondere benötigt die EU speziell ausgebildete Techniker, Ökonomen usw., die in allen relevanten Bereichen eingesetzt werden können, von der Konfliktverhütung bis zu technischen Maßnahmen. Weiter sollten gut ausgebildete Polizeikräfte zur Verfügung stehen. Diese Ressourcen könnten über die bereits eingerichteten polizeilichen Instrumente hinaus in einer „nichtmilitärischen Schnellen Eingreiftruppe“ zusammengefasst werden. Wir brauchen natürlich auch einen soliden Finanzierungsplan für die genannten Eventualitäten. Wir sollten uns überlegen, wie die Wirtschaft und die Zivilgesellschaft in die Konfliktverhütung einbezogen werden können. Die EU sollte eine bessere Struktur entwickeln, die es ihr ermöglicht, potenzielle Sicherheitsrisiken einzuschätzen, die sich zu Konflikten entwickeln könnten. Dazu sollten ein Zentrum für aktive Krisenverhütung und ein Netz von Spezialisten gehören, die dazu beitragen, die auf die Beseitigung von Unsicherheitsquellen ausgerichtete Kultur der Konfliktverhütung zu entwickeln. Zur Stärkung der GASP im allgemeinen sowie auch im Bereich der Konfliktverhütung sollte die EU ihre Kapazitäten im Informationsbereich vergrößern.

Die EU muss Termine und Ziele (nichtmilitärische Planziele) für alle neuen Maßnahmen im Bereich der Konfliktverhütung festlegen. Schließlich muss ein angemessenes und effizientes Entscheidungssystem (mit

Mechanismen für rasches Handeln) eingerichtet werden. Die Koordinierung zwischen dem ersten und dem zweiten Pfeiler muss verbessert werden.

5 Abrüstung: Alte Versprechen und neue Bedürfnisse

Das Ende des kalten Krieges bedeutete auch das Ende eines intensiven Verhandlungsprozesses über Abrüstung, der zu wichtigen Abkommen über Kernwaffen und Bestände an konventionellen Waffen und zum Verbot chemischer und biologischer Waffen geführt hat. Gleichzeitig entwickelte sich ein starker Trend zur Kürzung der Verteidigungshaushalte. Es hatte den Anschein, als bestünde keine Notwendigkeit für eine neue Abrüstungsagenda, und die internationale Aufmerksamkeit konzentrierte sich auf andere Themen.

Elf Jahre später müssen wir zu der Erkenntnis gelangen, dass diese Vernachlässigung Gefahren birgt. Es gibt nach wie vor gravierende Probleme bei der Umsetzung einiger Verträge. Die vereinbarte Entsorgung einer großen Zahl von Kernwaffen ist noch nicht abgeschlossen. Sorgen bereitet die Art und Weise, in der spaltbares Material gehandhabt wird. Nicht alle chemischen Waffen sind entsorgt worden. Außerdem müssen die Kernwaffenstaaten noch ihr Versprechen einlösen, alle Kernwaffen zu beseitigen. Die USA haben den Teststoppvertrag nicht ratifiziert.

Es gibt jedoch auch positive Anzeichen. Bei der Konferenz zur Revision des Atomsperrvertrags im Jahr 2000 haben sich die Kernwaffenstaaten erstmals unmissverständlich zur vollständigen Beseitigung ihres Kernwaffenarsenals im Hinblick auf die nukleare Abrüstung verpflichtet. Auf der Konferenz wurde erneut bekräftigt, dass die vollständige Beseitigung dieser Waffen die einzige Garantie gegen das Risiko ihrer Verwendung ist. Außerdem wurden praktische Maßnahmen zur Umsetzung des entsprechenden Artikels des Atomsperrvertrags vereinbart. Dazu gehören ein umfassender Teststoppvertrag, eine Vereinbarung zum Verbot der Produktion von militärisch verwendbarem spaltbarem Material innerhalb von fünf Jahren, eine verstärkte Transparenz bei Nuklearangelegenheiten mit militärischem Hintergrund, die Stärkung des Raketenabwehrvertrags (ABM), eine weitere Verringerung des betriebsbereiten Zustands von Kernwaffensystemen sowie eine Reduzierung der Rolle von Kernwaffen in der Sicherheitspolitik. Es ist keine Frage, dass die Einführung eines nationalen Raketenabwehrsystems (NMD) nicht im Einklang mit der Revision des Atomsperrvertrags stehen würde. Unser Ziel ist und bleibt die vollständige Umsetzung der Schlussfolgerungen der Konferenz 2000.

Auch die Lage in Indien und Pakistan, die beide den Atomsperrvertrag nicht unterzeichnet haben und zwischen denen weiterhin Spannungen bestehen, muss angesprochen werden.

Schließlich bleibt noch viel zu tun in den Bereichen Landminen und Kleinwaffen, die in unterentwickelten Ländern zunehmend zu einer Geißel werden. Man betrachte nur das Phänomen der „Kindersoldaten“.

Die Europäische Union kann und sollte aktiver werden. Die Abrüstung fällt in den Zuständigkeitsbereich der GASP und ihrer Ziele. Die EU hat stets versucht, die Abrüstungspolitik in den VN und in der OSZE zu koordinieren. Die EU ist an der Reform der Nuklearindustrie in den GUS-Staaten beteiligt. Diese Rolle sollte ausgeweitet werden. Die EU muss eine umfassende Definition ihrer Rolle und ihrer Bedürfnisse erarbeiten und konkrete Aktivitäten durchführen.

Zuerst sollte eine Antwort auf die Frage gefunden werden, ob die EU eine politische Rolle in der Nukleardiskussion spielen sollte oder nicht, zum Beispiel durch die Einbringung einer Abrüstungsinitiative mit einem konkreten Zeitplan im Rahmen des Atomsperrvertrags, wie oben beschrieben. Angesichts der bestehenden Koordinierung der Fragen zum Atomsperrvertrag könnte die Antwort „ja“ lauten. Dies ist angesichts der bestehenden Divergenzen zwischen Europa und den USA in Sachen Raketenabwehr recht dringlich. Wenn China und Russland ebenso handeln, könnte ein neuer nuklearer Rüstungswettlauf in Gang gesetzt werden, der offenkundig auch eine Bedrohung unserer Sicherheit darstellen würde.

Wir wollen darüber hinaus, dass die EU dem Beispiel des Kooperativen Programms zur Bedrohungsreduzierung der USA folgt, das den Ländern der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten (GUS) bei der Entsorgung der vereinbarten Waffenbestände und der Bekämpfung der illegalen Verbreitung helfen soll. Die EU besitzt das Wissen und die Mittel, um aktiver zu werden.

Schließlich sollte die EU dafür Sorge tragen, dass in den bilateralen Beziehungen zu bestimmten Ländern die Notwendigkeit beachtet wird, sich mit den Gefahren von Minen, Kleinwaffen und der Verbreitung von Raketentechnologie auseinander zu setzen.

6 Rahmenstrukturen für humanitäres Eingreifen

Theorie und Praxis des humanitären Eingreifens unter Einsatz des Militärs sind noch nicht ausgereift. Das Instrument ist nur zuweilen eingesetzt worden, insbesondere in Bosnien und im Kosovo. Es gibt Beispiele für andere große (VN-)Interventionen, aber sie beruhen auf einem Friedensabkommen, das ohne militärisches Engagement von außen und/oder mit Genehmigung der örtlichen Behörden wie in Kambodscha oder Mosambik zustande kam.

Im Zusammenhang mit der militärischen Episode im Kosovo bleiben einige Fragen unbeantwortet. Das Mandat der NATO-Operation wurde von der Russischen Föderation und China in Frage gestellt. Sie weigerten sich, der von der NATO geführten Koalition beizutreten, obwohl Russland ironischerweise entscheidend zur Konfliktbeendigung beitrug. Es stellt sich die Frage, ob Koalitionen ohne absolut eindeutiges internationales Mandat in Zukunft vermieden werden sollen. Die Antwort muss „ja“ lauten. Aber dies wirft unmittelbar eine andere Frage auf. Was kann bei einer humanitären Katastrophe getan werden, wenn ein unstrittiges Mandat nicht zustande kommt? Angesichts der geltenden internationalen Regeln (insbesondere im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen) kann die Notwendigkeit einer Einmischung wie im Kosovo nicht unter allen Umständen ausgeschlossen werden. Daher sollten die Regeln erörtert werden, wenn wir die jeweilige Zuständigkeit der VN und der OSZE beachten wollen. Die VN-Charta ist eigentlich zum Teil überholt. Sie wurde in den vierziger Jahren formuliert, als die bipolare Welt sich bereits abzeichnete und die so genannten Großmächte sich selbst ein Vetorecht zugestanden. Der Nationalstaat war nach wie vor unantastbar. Die VN-Charta muss an die Bedürfnisse der heutigen Welt angepasst werden. Die Philosophie des Nationalstaats muss sich ändern. Das Verbot der Anwendung von Gewalt gegen Staaten

kollidiert zuweilen mit der Notwendigkeit des Schutzes der Menschenrechte. Kofi Annan hat Recht: Nationale Souveränität bietet kleinen und schwachen Staaten Schutz, aber sie sollte nicht als Schutzschild für Verbrechen gegen die Menschlichkeit dienen. Fehlende Stabilität in einem Staat kann zur internationalen Bedrohung werden. Die Regeln für ein Eingreifen der VN müssen verbessert werden. Das VN-Sicherheitssystem muss demokratischer werden. Nur unter dieser Voraussetzung können wir genau festlegen, wer die Entscheidung trifft und ob die VN auch in der Praxis alleiniger Schiedsrichter werden kann. Bis zur Änderung der Regeln schlagen wir vor, dem Generalsekretär der VN eine größere Rolle zukommen zu lassen. Die SPE-Fraktion unterstützt einerseits die erweiterte Machtbefugnis der VN gegenüber dem Nationalstaat, fordert aber andererseits eine grundlegende Debatte über dieses Thema und eine behutsame Anpassung der internationalen Regeln. Es darf keine Möglichkeit zum Missbrauch der neuen Regeln geben. Wir appellieren an die EU, eine Führungsrolle in dieser Debatte zu übernehmen.

Bei der zweiten wichtigen Frage geht es darum, wann und wie in welcher Situation einzugreifen ist. Können wir Kriterien festlegen? Sollte die Völkergemeinschaft in jeder Situation, in der identische Kriterien zur Anwendung kommen, gleich reagieren? Theoretisch sollte die Antwort „ja“ lauten. Wir wissen aber, dass dies in der Praxis nicht der Fall sein wird. Es wird stets eine politische Einschätzung geben, ob ein militärisches Eingreifen wirksam oder kontraproduktiv ist. Die Frage der Verhältnismäßigkeit wird immer eine Rolle spielen. Ergebnis dieser Einschätzungen wird stets eine gewisse Selektivität sein, die oft schwer zu rechtfertigen ist. (siehe zum Beispiel Kosovo im Vergleich zu Tschetschenien.) Wieder fordern wir die EU auf, sich an der Ausarbeitung dieser Kriterien zu beteiligen.

7 Die Rolle der VN und der OSZE

Die EU entwickelt sich zunehmend zu einer förmlich organisierten Sicherheitsstruktur mit einem konkreten Potenzial für konkretes Handeln. Die EU ist sowohl eine Organisation als auch eine Macht. Aber sie ist weder die NATO noch die USA. Sie ist einzigartig und muss einen neuen Platz neben bestehenden Organisationen und Mächten wie den USA und Russland finden. Dies wird eine der Herausforderungen für die gestärkte GASP sein. Hier stellen wir die Frage nach der Beziehung zu den VN und zur OSZE. Beide haben im Sicherheitsbereich Kompetenzen. Die EU muss diese Kompetenzen

und die sich daraus ergebenden internationalen Verpflichtungen respektieren. Die EU sollte keine Doppelarbeit leisten. Obwohl die VN und die OSZE in bestimmten Bereichen relativ schwach sind, brauchen wir ihre Legitimität, denn sie verfügen über ein umfassenderes Mandat als die EU. Die EU sollte ihre globalen und regionalen Anstrengungen nicht duplizieren. Die EU muss vermeiden, sich von ihnen abzuschotten. Sie sollte versuchen, sie als nützliche Instrumente zur Herbeiführung globaler und regionaler Konfliktlösungen zu stärken. Die EU ist bereits der wichtigste Stützpfiler des VN-Systems. Sie

und ihre Mitgliedstaaten sind die größten Beitragszahler. Innerhalb der VN findet laufend eine Koordinierung mit Europa statt. Eine stärkere GASP sollte dazu genutzt werden, die VN zu konsolidieren und nicht zu schwächen. Konfliktverhütung ist sowohl für die Vereinten Nationen als auch für die EU ein vorrangiges Anliegen. Wir sollten nach Möglichkeiten zur Stärkung der VN in diesem Bereich suchen und unsere Unterstützung anbieten.

Das gleiche gilt für die OSZE. Sie ist auf vielen Gebieten aktiv, oft bei

sehr konkreten Konfliktverhütungsmaßnahmen wie denen des Kommissars für Minderheiten. Sie verleiht wichtigen Friedensoperationen in der Region Legitimität. Sie stellt nach wie vor das geeignetste Forum für die Debatte über Sicherheitsregeln in Europa dar. Sie ist wichtiger als die Partnerschaft für den Frieden der NATO. Der Einfluss der EU in der OSZE wird zunehmen – durch die Erweiterung und als Folge der Reform der GASP. Der OSZE und dem Europa-Rat größeres Gewicht zu verleihen, kommt einer langfristigen Konfliktverhütung gleich.

8 Beziehungen zwischen den USA und der EU im Sicherheitsbereich

Bei der Betrachtung der Sicherheitsbeziehungen zwischen den USA und der EU sollten wir mit dem anfangen, was auf der Hand liegt: Wir haben viele gemeinsame Interessen, die auf gemeinsamen Werten beruhen. In einem Konzept der gemeinsamen Sicherheit müssen beide gleichwertige Partner sein, hinsichtlich der politischen Entscheidungsfindung, nicht hinsichtlich der militärischen Fähigkeiten. Wir könnten nie ein solches Kernwaffenarsenal aufbauen wie das der USA. Die EU könnte und sollte der Konfliktverhütung größere Wichtigkeit einräumen, vor allem in Europa, aber auch im Nahen Osten oder in Afrika. Dies wird die Entwicklung einer militärischen Eingriffsfähigkeit der EU (oder EU plus ...) einschließen. In gewisser Weise bedeutet dies, dass Europa sich stärker um sich selbst kümmern muss.

Unserer Meinung nach ist dies der Weg in die Zukunft. Wir müssen aber auf neue Tendenzen in den USA achten, wo eine wachsende Zahl von Politikern sich für ein Maximum an nationaler Sicherheit auf der Grundlage neuer Technologien ausspricht. Für Europäer, die auf einem gefährdeten Kontinent leben, ist dies schwer nachzuvollziehen. Die Debatte über das nationale Raketenabwehrsystem (NMD) ist ein Beispiel. Die Entwicklung des NMD ist in der vorgeschlagenen Form unannehmbar. Es ist unsere Aufgabe, die USA davon zu überzeugen, dass ihre Pläne unrecht sind und in Wirklichkeit zu einem neuen Wettrüsten führen, das sich im Endeffekt negativ auf ihre Sicherheit auswirken wird. Wir müssen uns davor hüten, einen künstlichen Gegensatz zwischen ESVP und NMD zu schaffen. Wir sollten unsere „Autonomie“ nicht gegen ihre separate Sicherheit tauschen.

Nukleare Abschreckung wird – solange es sie gibt – von den USA im Rahmen der NATO (mit)gewährleistet werden, bei einem immer

niedrigeren Niveau von Kernwaffen. Wir verweisen in diesem Kontext auf unsere Unterstützung der Revision 2000 des Atomsperrvertrags. Wir sollten uns gegen die Entwicklung eines nationalen Raketenabwehrsystems wenden. Dadurch entstünden zwei Arten von Sicherheit innerhalb des Atlantischen Bündnisses. Die Einführung eines Systems, das auch Europa schützen würde, wäre das Ende des ABM-Vertrags. Eine stärkere militärische Position der EU wird sie in die Lage versetzen, sich mit der europäischen Sicherheit und bei Bedarf (begrenzten) Krisen außerhalb des Vertragsgebiets zu befassen. Damit entsteht ein neues Modell der Lastenteilung.

Die EU sollte nicht obligatorischerweise alle verfügbaren NATO-Mittel duplizieren. Nur in bestimmten Bereichen, die nach und nach von der Union ausgewählt werden, müssen wir ein neues Potenzial entwickeln. Schwerer Lufttransport und die Satellitenkommunikation sind gute Beispiele – aus wirtschaftlichen und aus politischen Gründen. Wir müssen uns der wirtschaftlichen Gefahren einer immer größeren Technologiekluft bewusst sein. Europäische Rüstungsprogramme können uns helfen, diese Kluft zu überwinden, aber wir sollten vermeiden, bei den Exporten Druck auszuüben. Außerdem sollten wir Transparenz und Verantwortlichkeit schaffen, die dazu beitragen würden, einen unangemessenen Einfluss der Industrie auf die politische Entscheidungsfindung zu vermeiden.

Wie wir bereits ausführten, halten wir nichts von einer reinen europäischen Lösung für die Sicherheitsprobleme Europas. Wir müssen uns daher mit den USA neu verständigen. Wenn wir das ernst nehmen, müssen wir unsere Ziele in Übereinstimmung mit der progressiven Weiterentwicklung der NATO und in Verbindung mit der ESVP festlegen. Wir empfehlen ein pragmatisches Vorgehen. Letzten Endes stehen nicht nur die Beziehungen zwischen den USA und der EU auf dem

Spiel, sondern die allgemeine Sicherheitslage in Europa. Wenn wir über „Lastenteilung“ reden, beziehen wir sie auf Europa. Die Amerikaner sprechen mehr über globale Verantwortlichkeiten. Wir sollten für die Entwicklung einer globalen Partnerschaft im Rahmen der VN offen sein und unsere Aufgabe im Sicherheitsbereich nicht

ausschließlich auf Europa und seine Nachbarregionen begrenzen. Eine solche Partnerschaft kann aber nicht auf dem Konzept der „militärischen Kontrolle der Welt“ beruhen. Bei der Diskussion über die globale Rolle der EU sollten wir das Konzept der gemeinsamen, dauerhaften und demokratischen Sicherheit anwenden.

9 Regionale Sicherheitspolitik: Russland, ein neuer Partner?

Es ist eine Sache, die Instrumente der GASP zu stärken. Eine andere ist es, sie in der Entwicklung unserer Beziehungen zur Russischen Föderation wirksam einzusetzen. Die Petersberg-Aufgaben und die Schnelle Eingreiftruppe sind nicht die Antwort auf die ungelöste Sicherheitsfrage in Europa. Derzeit erfassen wir den Großteil Europas durch den Erweiterungsprozess und den Stabilitätspakt für den Balkan. In diesem Rahmen arbeiten wir auf dauerhafte Stabilitätsvereinbarungen hin.

Russland ist eine größere Herausforderung. Welche Konfliktverhütungsstrategie verfolgen wir? Wie viel „Realpolitik“ werden wir bei der Behandlung unserer Menschenrechtsbelange einsetzen? Wie können wir die russische Gesellschaft überzeugen, dass wir als gleichberechtigte Partner in Frieden leben wollen und dass wir ein gemeinsames Interesse daran haben, ihre Demokratie zu stärken? Wie definieren wir unsere strategischen Interessen? Wie können wir eine Annäherung zwischen der EU und der Russischen Föderation sicherstellen? Auch wenn diese Fragen Ausdruck einer gewissen Besorgnis sind, sollten wir stets auf Russland zugehen, anstatt uns abzuwenden.

Zunächst einmal ist Russland ein Teil Europas. Seine kulturelle Vielfalt und sein wirtschaftliches Potenzial müssen von Bedeutung für uns sein, wenn wir ernsthaft dauerhaften Frieden und Wohlstand in Europa anstreben. Zweitens ist Russland ein sehr wichtiger

Handelspartner, nicht zuletzt als Lieferant von Rohstoffen und Energie. Unsere Politik gegenüber Russland sollte daher auf eine echte Partnerschaft ausgerichtet sein. Dies erfordert natürlich, dass unsere laufenden Programme mit wesentlich mehr Mitteln ausgestattet werden als derzeit vorgesehen. Unser Ansatz muss starke geographische Schwerpunkte setzen, d.h. die Nordische Dimension, die Südliche Dimension und das Problem Kaliningrads. Die Grenzen der EU bewegen sich immer näher zur Russischen Föderation zu. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass die derzeitige russische Außenpolitik einen Mittelweg verfolgt, der weder pro-westlich noch ultranational ist. Es ist offensichtlich, dass Russland aktiv an den Sicherheitsstrukturen Europas teilnehmen will und unsere Besorgnis bezüglich des nationalen Raketenabwehrsystems NMD teilt. Es wird nicht einfach sein, neue Trenngräben infolge der NATO- und EU-Erweiterungen zu vermeiden.

All diese Fragen zu behandeln, würde den Rahmen dieses Beitrags sprengen. Wir schneiden sie nur an, um deutlich zu machen, dass es oft leichter ist, bestimmte sicherheitspolitische Instrumente zu schaffen als bestimmte wichtige strukturelle Sicherheitsfragen zu lösen. Wir müssen ebenfalls eine Neuausrichtung unserer Denkweise über verschiedene strategische europäische Fragen vornehmen. Die SPE-Fraktion wird in Kürze ein separates Politik-Dokument über die Beziehung zwischen der EU und Russland erstellen.

Schlussfolgerungen

1 Jede Sicherheitspolitik muss sich der Bedrohungen unserer Gesellschaft bewusst sein und sie neu bewerten. Sie darf nicht länger eindimensional sein, sondern muss sich dringend mit den neuen Feinden des Friedens, der Demokratie und der Entwicklung auseinandersetzen. Oberstes Ziel sollte die Verringerung der Armut sein. Sie sollte sich jedoch auch auf andere Faktoren konzentrieren, die oft miteinander in Verbindung stehen. Um nur einige zu nennen: ethnische Konflikte, Verletzung der Menschenrechte und Umweltzerstörung. Wir dürfen die Rolle der Politiker und ihrer Auffassungen als potenzielle Quellen gewaltsamer Konflikte nicht unterschätzen. Wir müssen ebenfalls die große Vielfalt der Verteidigungs- und Sicherheitskulturen und -verfahren berücksichtigen. Dazu gehören auch Neutralität und Blockfreiheit innerhalb der EU sowie die Erweiterungsländer. Die Erfahrungen dieser Länder im Rahmen von friedenserhaltenden Missionen der VN haben den Kenntnisstand erhöht und einen wesentlichen Einfluss auf den neuen Schwerpunkt der Konfliktverhütung ausgeübt. Die SPE-Fraktion nimmt diese vielfältigen Erfahrungen zur Kenntnis und wird bei der Formulierung ihrer Politik und der Einflussnahme auf die Gestaltung der GASP auf sie zurückgreifen.

2 Die SPE-Fraktion vertritt die Grundsätze der **gemeinsamen Sicherheit** (die sich auf die Zusammenarbeit gründet), der **dauerhaften Sicherheit** (unter Konzentration auf die Beseitigung der Ursachen der Unsicherheit) und der **demokratischen Sicherheit** (Demokratie in allen Formen und Ausdrucksweisen als beste Garantie für die Sicherheit). Wir ziehen die Kooperation der Konfrontation vor. Wir fordern die Entwicklung weiterer Sicherheitsinstrumente. Wir setzen uns dafür ein, dass die internationalen Institutionen als demokratisches Beispiel dienen.

3 Unsere Priorität ist die Stärkung der Konfliktverhütung. Die Verhütung von Konflikten gründet sich auf die Prognosen für die Zukunft und die Lehren, die wir aus der Vergangenheit und der Gegenwart ziehen. Hierfür brauchen wir bessere und umfassendere Fähigkeiten. Die EU muss ebenfalls eine umfassende Palette von Instrumenten entwickeln, sich konkrete nichtmilitärische Ziele setzen und ein adäquates und kompetentes System für die Entscheidungsfindung schaffen.

4 Die EU kann und sollte sich im Bereich der Abrüstung aktiver betätigen. Wir möchten die alte Agenda mit einer neuen verbinden. Die EU sollte zur Festlegung der einzelnen Schritte beitragen, die der Umsetzung der Ziele des Atomsperrvertrages dienen. Atomtests sollten vollständig gestoppt werden und die Kernwaffenarsenale weiter reduziert werden (einschließlich der Beseitigung taktischer Kernwaffen) im Hinblick auf eine vollständige nukleare Abrüstung, die das Ende der nuklearen Abschreckung bedeuten würde. Diese Schritte sollten die Elemente eines ausgewogenen Prozesses darstellen, an dem sich alle Verantwortlichen beteiligen. Bei einer solchen Agenda ist es nur logisch, das NMD-System kategorisch abzulehnen. Die neue Agenda sollte auch praktische Schritte zur Beseitigung der Risiken durch die Verbreitung von Minen, Kleinwaffen, ballistischer Raketentechnologie und chemischen und biologischen Waffen vorsehen.

5 Wir brauchen einen besseren VN-Rahmen für humanitäres Eingreifen mit militärischen Mitteln. Solche Aktionen sollten sich zuerst auf ein Mandat der VN gründen. Aufgrund der Veto-Regeln ist das System der Entscheidungsfindung oft gelähmt. Aus diesem Grunde spricht sich die SPE-Fraktion für eine grundlegende Reform des Systems der Entscheidungsfindung aus. In Erwartung dieser Reform möchten wir die Rolle des Generalsekretärs der VN stärken um ihm die Möglichkeit zur Lösung von Blockierungen im Sicherheitsrat zu geben. Bei Entscheidungen über einen humanitären Eingriff unter Zuhilfenahme von militärischen Mitteln sollte von vornherein klar gemacht werden, dass er dem Konflikt angemessen und effektiv zu sein hat. Das Instrument sollte also selektiv genutzt werden. Wir unterstützen die Ausweitung von Vermittlungs- und Schlichtungsmaßnahmen, die Tätigkeit des internationalen Schiedsgerichtshofes von Den Haag und die Einrichtung eines internationalen Strafgerichtshofes.

6 Die EU sollte eine Doppelarbeit mit den VN und der OSZE vermeiden. Vielmehr sollte sie sich als deren privilegierter Partner entwickeln. Eine stärkere GASP sollte eine Ergänzung zu den VN sein, insbesondere im Bereich Konfliktverhütung. Ein zusätzliches positives Gewicht zur OSZE ist eine Investition in eine langfristige Konfliktverhütung. Der Einfluss einer erweiterten EU mit einer stärkeren GASP wird beträchtlich wachsen.

7 Die SPE-Fraktion unterstützt die Entwicklung der GASP, einschließlich des Verteidigungselementes. Die Schnelle Eingreiftruppe kann ein wichtiges Instrument für das Krisenmanagement sein und wird die Möglichkeiten der EU erweitern. Die SPE-Fraktion setzt sich dafür ein, dass die Ziele der GASP auch in effektive, flexible und umfassende Instrumente umgesetzt werden. Sorge bereitet uns allerdings das wachsende demokratische Defizit in diesem Bereich. Wir werden weitere Vorschläge zur Behebung dieses Defizits vorlegen. Hierzu muß das Europäische Parlament auf der vollständigen Anwendung seiner Kompetenzen bestehen, wie sie in den Verträgen vorgesehen sind.

8 Gemäß Barcelona-Prozeß sind Frieden und Stabilität in der ganzen Mittelmeer-Region wichtige Ziele, die ein umfassendes Engagement voraussetzen. Die Annahme der "Friedens- und Stabilitäts-Charta" durch die Partner des euromediterranen Prozesses bedeutet einen wichtigen Schritt. Ein politischer Dialog mit unseren Partnern im Nahen Osten und Nordafrika zu den Themen Sicherheit, Rüstungskontrolle, Migrationen und Austausch von menschlicher Arbeitskraft, Kampf gegen den Terrorismus, Respektierung von Menschenrechten und Demokratie-Entwicklung ist unabdingbar.

9 Die EU und die US müssen bezüglich der politischen Entscheidungsfindung eine Gleichwertigkeit erreichen. Diese Gleichwertigkeit ist durch ein besseres Gleichgewicht in der Aufgabenteilung zu entwickeln, damit eine bessere regionale und globale Lastenteilung erfolgen kann, mit dem Ziel der Förderung der Sicherheit weltweit.

10 Eine erweiterte EU wird neue Außengrenzen haben. Diese dürfen nicht zu einer neuen Teilung Europas führen, weder im Osten noch im Südosten. Die SPE-Fraktion beabsichtigt, eine neue Politik für diese Bereiche zu entwickeln, die sich auf die Prinzipien und Ideen in diesem Dokument stützt.



Parliamentary Group of the Party of European Socialists
Groupe Parlementaire du Parti Socialiste Européen
Fraktion der Sozialdemokratischen Partei Europas
Grupo Parlamentario del Partido Socialista Europeo
Gruppo Parlamentare del Partito del Socialismo Europeo
Fractie van de Partij van de Europese Sociaaldemocraten
Euroopan sosialidemokraattisen puolueen parlamenttiryhmä
De Europeiska Socialdemokraternas Parlamentsgrupp
Grupo Parlamentar do Partido Socialista Europeu
De Europæiske Socialdemokraters Gruppe
Κοινοβουλευτική Ομάδα του Ευρωπαϊκού Σοσιαλιστικού Κόμματος
az Európai Szocialisták Pártjának parlamenti frakciója
Klub Parlamentarny Partii Europejskich Socjalistów
Poslanska skupina Stranke evropskih socialdemokratov
Parlamentný klub Strany európskych socialistov
Euroopa Parlamendi sotsiaaldemokraatide fraktsioon
Poslanecký klub Evropské strany sociálně demokratické
Eiropas Sociāldemokrātiskās partijas Parlamentārā grupa
Europos socialistu partijos parlamentine grupe
Il-Grupp Parlamentari tal-Partiti Soċjalisti Ewropej

EUROPÄISCHES PARLAMENT

RUE WIERTZ - B-1047 BRÜSSEL

TEL.: +32 2 284 21 11

TEL.: STRASBOURG: +33 3 88 17 40 01

INTERNET: <http://www.socialistgroup.org>

für weitere Informationen: bmarasa@europarl.eu.int